



Konjunkturberichte

Die wirtschaftliche Entwicklung im Frühsommer 2022

Jahrgang 73 (2022) Heft 2

Herausgeber

RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung
Hohenzollernstraße 1-3 | 45128 Essen, Germany
Fon: +49 201-81 49-0 | E-Mail: rwi@rwi-essen.de
www.rwi-essen.de

Vorstand

Prof. Dr. Dr. h. c. Christoph M. Schmidt (Präsident)
Prof. Dr. Thomas K. Bauer (Vizepräsident)
Dr. Stefan Rumpf (Administrativer Vorstand)

© RWI 2022

Der Nachdruck, auch auszugsweise, ist nur mit Genehmigung des RWI gestattet.

RWI Konjunkturberichte

Schriftleitung: Prof. Dr. Dr. h. c. Christoph M. Schmidt
Konzeption und Gestaltung: Julica Marie Bracht, Daniela Schwindt

Die wirtschaftliche Entwicklung im Frühsommer 2022

ISSN 1861-6305 (online)

Konjunkturberichte

**Die wirtschaftliche Entwicklung
im Frühsommer 2022**

Jahrgang 73 (2022)

Heft 2





Das RWI wird vom Bund und vom Land Nordrhein-Westfalen gefördert.

Erneute Belastungen verzögern nochmals die wirtschaftliche Erholung in Deutschland

Torsten Schmidt, György Barabas, Niklas Benner, Boris Blagov, Maximilian Dirks, Niklas Isaak, Robin Jessen, Florian Kirsch, Philip Schacht und Klaus Weyerstraß

Kurzfassung	5
Summary	7
1. Starker Gegenwind für die Weltwirtschaft	9
2. Verhaltene konjunkturelle Erholung in Deutschland	10
3. Belastungen für die Konjunktur gehen nur langsam zurück.....	11
3.1 Dienstleistungshandel erholt sich.....	14
3.2 Ausrüstungsinvestitionen ziehen an	14
3.3 Materialengpässe prägen die Bauinvestitionen	15
3.4 Privater Konsum durch Preissteigerungen schwach.....	17
3.5 Staatskonsum normalisiert sich.....	17
4. Produktion wird von Lieferengpässen und steigenden Preisen gedämpft.....	18
5. Hoher Beschäftigungszuwachs zu Jahresbeginn	19
6. Löhne steigen schneller – aber nur nominal	21
7. Preisanstieg lässt nur allmählich nach.....	21
8. Finanzpolitik im laufenden Jahr restriktiv und im kommenden Jahr expansiv ..	22
Literatur	23
Anhang	24

Inhalt

Projektion der Wirtschaftsentwicklung bis 2026: Erhebliche Herausforderungen bei nachlassendem Potenzialwachstum

György Barabas, Florian Kirsch und Torsten Schmidt,

Kurzfassung	33
Summary	33
1. Potenzialwachstum schwächt sich im Projektionszeitraum ab	34
2. Gebremstes Wachstum der Weltwirtschaft.....	39
3. Restriktivere Finanzpolitik und geldpolitische Straffung.....	39
4. Projektion bis 2026: Wirtschaftswandel dämpft Wachstum	40
Literatur	43

Torsten Schmidt, György Barabas, Niklas Benner, Boris Blagov, Maximilian Dirks, Niklas Isaak, Robin Jessen, Florian Kirsch, Philip Schacht und Klaus Weyerstraß

Erneute Belastungen verzögern nochmals die wirtschaftliche Erholung in Deutschland¹

Kurzfassung: Die Wirtschaftsaktivität in Deutschland trat in den vergangenen Quartalen weitgehend auf der Stelle. Nach einem Rückgang des BIP im vierten Quartal des vergangenen Jahres wurde die Produktion im ersten Quartal nur leicht ausgeweitet. Die ebenfalls nur schwache wirtschaftliche Erholung zu Beginn dieses Jahres dürfte zu einem bedeutenden Teil auf den starken Anstieg der Inflation zurückzuführen sein, der sich seit dem Beginn des Krieges in der Ukraine noch einmal verstärkt hat. Die Lieferengpässe, die seit dem vergangenen Jahr die Erholung von den wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie verzögern, haben sich zu Beginn des Jahres vorübergehend zwar etwas verringert. Inzwischen haben sich die Probleme bei der internationalen Logistik durch das jüngste Aufflammen des Infektionsgeschehens in China jedoch wieder verschärft.

Die weitere konjunkturelle Erholung hängt stark von der Inflationsentwicklung ab. Dabei zeichnet sich ab, dass die Teuerung nur allmählich abnimmt. So schwächen sich die Preisanstiege bei einigen Rohstoffen, wie z.B. Rohöl, inzwischen ab. Die Preise für Gas, die die privaten Haushalte bezahlen müssen, dürften jedoch in den kommenden Monaten weiter kräftig angehoben werden. Insgesamt ist zu erwarten, dass die Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt dieses Jahres um 6,9% steigen. Im kommenden Jahr geht die Teuerung im Durchschnitt voraussichtlich auf 2,6% zurück. Die Kernrate dürfte in diesen beiden Jahren 4,1% beziehungsweise 2,3% betragen. Dementsprechend dürften die Belastungen der Unternehmen und privaten Haushalte im weiteren Prognoseverlauf nachlassen. Auch die Lieferengpässe, die nach wie vor die Produktion im Produzierenden Gewerbe behindern, schwächen sich aller Voraussicht nach in der zweiten Jahreshälfte allmählich ab.

Vor diesem Hintergrund dürfte das BIP in diesem Jahr um 1,9% ausgeweitet werden. Damit revidieren wir unsere Prognose vom März um 0,6%-Punkte nach unten. Der Hauptgrund ist, dass die Inflation deutlich stärker gestiegen ist, als in der vergangenen Prognose erwartet wurde. Für das kommende Jahr erwarten wir einen Anstieg des BIP um 2,7%.

¹ Abgeschlossen am 13.6.2022. Die Verfasser danken Silvia Mühlbauer für die technische Unterstützung und Christoph M. Schmidt für hilfreiche Anmerkungen zu einer früheren Fassung.

Deutsche Konjunktur zur Jahresmitte 2022

Die kräftige Erholung am Arbeitsmarkt setzt sich fort. Dabei kommt fast der gesamte Anstieg der Erwerbstätigkeit aus der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Die Zahl der Selbstständigen stagnierte zuletzt. Im Jahresdurchschnitt dürfte sich der Anstieg der Erwerbstätigkeit im Jahr 2022 mit 1,4% sehr stark entwickeln, im Jahr 2023 dann allerdings auf 0,6% abflachen. Die Arbeitslosenquote wird voraussichtlich bei 5,0%, respektive 4,9% in den Jahren 2022 und 2023 liegen.

Das Finanzierungsdefizit der öffentlichen Haushalte dürfte 2022 gut 53 Mrd. Euro betragen. Im Vorjahr waren es noch 131 Mrd. Euro. Die Staatseinnahmen dürften sich prozentual etwa gleich stark wie das Bruttoinlandsprodukt erhöhen. Einem noch stärkeren Anstieg wirken unter anderem Maßnahmen anlässlich der gestiegenen Energiepreise entgegen – etwa die temporäre Senkung der Energiesteuer und die Erhöhung des Grundfreibetrags der Einkommensteuer. Im Jahr 2023 sinkt das Finanzierungsdefizit aller Voraussicht nach weiter auf gut 36 Mrd. Euro.

Tabelle 1
Eckwerte der Prognose
2020 bis 2023

	2020	2021	2022 ^P	2023 ^P
Bruttoinlandsprodukt ¹ , Veränd. in %	-4,6	2,9	1,9	2,7
Erwerbstätige ² , in 1000	44 898	44 918	45 567	45 853
Arbeitslose ³ , in 1000	2 695	2 613	2 287	2 256
Arbeitslosenquote ^{3,4} , in %	5,9	5,7	5,0	4,9
Verbraucherpreise, Veränderung in %	0,5	3,1	6,9	2,6
Lohnstückkosten ⁵ , Veränderung in %	3,4	0,9	2,7	2,6
Finanzierungssaldo des Staates ⁶				
in Mrd. €	-145,2	-130,8	-53,4	-36,2
in % des BIP	-4,3	-3,7	-1,4	-0,9
Leistungsbilanzsaldo ⁷				
in Mrd. €	238,7	265,0	145,5	153,8
in % des BIP	7,1	7,4	3,9	3,9

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (Destatis), der Deutschen Bundesbank und der Bundesagentur für Arbeit. - ¹Preisbereinigt. - ²Im Inland. - ³Nationale Abgrenzung. - ⁴Bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. - ⁵Arbeitnehmerentgelte je Beschäftigten bezogen auf das reale BIP je Erwerbstätigen. - ⁶In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. - ⁷In der Abgrenzung der Leistungsbilanzstatistik. - ^PEigene Prognose.

RWI Konjunkturbericht 73 (2)

Summary: *Economic activity in Germany has not improved markedly in recent quarters. Following a decline in GDP in the fourth quarter of last year, output expanded only slightly in the first quarter. The weak economic recovery at the beginning of this year is likely mainly due to the sharp rise in inflation, which has intensified again since the start of the war in Ukraine. The supply bottlenecks which have been delaying recovery from the economic consequences of the corona virus pandemic since last year temporarily eased somewhat at the beginning of this year. In the meantime, however, the problems with international logistics have been exacerbated again by the recent flare-up of infection in China.*

The further course of economic recovery depends to a large extent on the development of inflation. It is becoming apparent that inflation will only weaken gradually. For example, the price increases for some raw materials, such as crude oil, are now easing. However, prices for gas, which private households have to pay, are likely to continue to rise sharply in the coming months. Overall, consumer prices are expected to rise by 6.9% on average this year. For the coming year, we expect inflation to fall to 2.6% on average. The core rate is expected to be 4.1% and 2.3% respectively in the two years. Accordingly, the burdens on businesses and private households are expected to ease during the forecast period. The supply bottlenecks which continue to hamper production in the manufacturing sector will gradually ease in the second half of the year.

Against this background, GDP is expected to expand by 1.9% this year. We are thus revising our March forecast downward by 0.6 percentage points. The main reason is that inflation has risen significantly more than expected in the previous forecast. For the coming year we expect GDP to increase by 2.7%.

The strong recovery of the labor market is continuing. Almost the entire increase in employment entails employment subject to social insurance contributions. The number of self-employed has recently stagnated. The average annual increase in employment is expected to be very strong at 1.4% in 2022, but then to level off at 0.6% in 2023. The unemployment rate is expected to be 5.0% and 4.9% in 2022 and 2023, respectively.

The budget deficit is expected to be about EUR 53 billion in 2022. In the previous year, the figure was EUR 131 billion. In percentage terms, government revenue is expected to increase at roughly the same rate as GDP. Measures to counter the rise in energy prices - such as the temporary reduction in energy tax and the increase in the basic personal income tax allowance - will help prevent an even stronger increase. For 2023, we expect the fiscal deficit to fall further to EUR 36 billion.

Deutsche Konjunktur zur Jahresmitte 2022

Key Forecast Data

2020 to 2023

	2020	2021	2022 ^f	2023 ^f
Gross Domestic Product ¹ , change in percent	-4.6	2.9	1.9	2.7
Employed persons ² , in 1000	44 898	44 918	45 567	45 853
Unemployed ³ , in 1000	2 695	2 613	2 287	2 256
Unemployment rate ^{3,4} , in percent	5.9	5.7	5.0	4.9
Consumer prices, change in percent	0.5	3.1	6.9	2.6
Labor unit costs ⁵ , change in percent	3.4	0.9	2.7	2.6
Fiscal balance ⁶				
in EUR bn	-145.2	-130.8	-53.4	-36.2
in percent of GDP	-4.3	-3.7	-1.4	-0.9
Current account balance ⁷				
in EUR bn	238.7	265.0	145.5	153.8
in percent of GDP	7.1	7.4	3.9	3.9

RWI calculations based on data provided by the German Statistical Office (Destatis), Deutsche Bundesbank, and the Federal Employment Agency. – ¹In real terms. – ²Domestic. – ³National concept. – ⁴In % of civilian labor force. – ⁵Compensation per employee divided by real GDP per employed person. – ⁶National Accounts concept. – ⁷Balance of payments concept. – ^fForecast.

1. Starker Gegenwind für die Weltwirtschaft

Die Weltwirtschaft erhält erheblichen Gegenwind vom Krieg in der Ukraine und der strikten Null-Covid-Politik der chinesischen Regierung. Beide negativen Angebotschocks verzögern die Normalisierung der globalen Lieferketten und heizen die Inflation weltweit an. In den Ländern der OECD stiegen im April die Verbraucherpreise um 9,2%. Hauptinflationstreiber sind die Energiepreise. Zuletzt zogen aber auch die Preise ohne Energie und Nahrungsmittel mit 6,3% kräftig an. Ein Grund dafür dürfte sein, dass es in manchen Ländern, etwa den USA und dem Vereinigten Königreich, angesichts von Arbeitskräfteknappheiten bereits Anzeichen für eine Lohn-Preis-Spirale gibt. Noch stärker war der Anstieg der industriellen Erzeugerpreise mit 20,4%. So hoch war der Preisauftrieb auf der Verbrauchstufe in der OECD zuletzt im April 1984 und bei den Erzeugerpreisen noch nie seit Beginn der Zeitreihe im Jahr 1983.

Der Welthandel entwickelt sich bisher robust. Er ist gemäß den Daten des CPB im März gegenüber dem Februar nur leicht um 0,2% gesunken. Während er in China infolge des Lockdowns in Shanghai kräftig sank, erholte er sich in den USA und in Europa. Ein ähnliches Bild zeichnet der RWI/ISL-Containerumschlagindex für den Monat April. In Russland brachen die Importe aufgrund der Sanktionen um knapp 40% ein, aber die Exporte stiegen, was laut CPB auf höhere Öl- und Gasausfuhrmenngen und die hohen Energiepreise zurückzuführen ist. Inzwischen stauen sich auch in der Nordsee die Containerschiffe vor den Häfen. Die Probleme in den globalen Lieferketten dürften somit noch längere Zeit bestehen bleiben und die Produktion behindern. In der regelmäßigen Befragung der Europäischen Kommission war im zweiten Quartal der Anteil der Unternehmen in der EU, die Materialengpässe als limitierenden Faktor der Produktion angaben, so hoch wie noch nie seit Beginn der Zeitreihe im Jahr 1985. Angesichts der nach wie vor hohen Nachfrage, gestützt durch die während der Corona-Pandemie gebildeten Überschussersparnisse, treiben die Lieferengpässe die Inflation an.

Im Prognosezeitraum wird sich die Weltwirtschaft nur sehr allmählich erholen. Dazu trägt bei, dass in den meisten Industrieländern die Zentralbanken mit Zinserhöhungen begonnen haben. Dies zeigt sich bereits in deutlich steigenden Anleiherenditen. Die Europäische Zentralbank hat für Juli einen ersten Zinsschritt angekündigt. Zusammen mit der hohen Unsicherheit, vor allem hinsichtlich des Fortgangs des Kriegs in der Ukraine, belastet dies die Investitionstätigkeit. Die Dienstleistungen werden hingegen von der weitgehenden Aufhebung der Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie begünstigt.

Die Risiken für den weltwirtschaftlichen Ausblick sind hoch. Eine abrupte europaweite Unterbrechung der Gaslieferungen aus Russland, ein weiterer Anstieg der Rohstoffpreise oder noch länger anhaltende Unterbrechungen der globalen Lieferketten

Deutsche Konjunktur zur Jahresmitte 2022

würden die Konjunktur empfindlich treffen. Auch der Inflationsdruck könnte sich als stärker erweisen als erwartet, wobei die Gefahr besteht, dass höhere Inflationserwartungen in einem schnelleren Lohnwachstum bei angespannten Arbeitsmärkten resultieren. Eine drastische Anhebung der Leitzinsen könnte das Wachstum ebenfalls stärker als erwartet bremsen. Auf den Finanzmärkten bergen die hohe öffentliche und private Verschuldung sowie die gestiegenen Vermögenspreise ein erhebliches Gefährdungspotenzial. Schließlich ist die Corona-Pandemie keineswegs überwunden. Neue, ansteckendere Virusvarianten oder Varianten, die schwerere Krankheitsverläufe verursachen und damit verbundene Lockdowns, könnten die Weltwirtschaft weiter belasten. Dies gilt insbesondere dann, falls China an seiner strikten Null-Covid-Politik festhält.

2. Verhaltene konjunkturelle Erholung in Deutschland

Die Wirtschaftsaktivität trat in den vergangenen Quartalen weitgehend auf der Stelle. Nach einem Rückgang des BIP im vierten Quartal des vergangenen Jahres wurde die Produktion im ersten Quartal nur leicht ausgeweitet. Die nur schwache wirtschaftliche Erholung zu Beginn dieses Jahres dürfte zu einem bedeutenden Teil auf den starken Anstieg der Inflation zurückzuführen sein, der sich seit dem Beginn des Krieges in der Ukraine noch einmal verstärkt hat. Der starke Anstieg der Preise hat die Stimmung der privaten Haushalte deutlich verschlechtert, so dass eine Reihe von Anschaffungen zunächst zurückgestellt werden. Immerhin dürfte die Rücknahme staatlicher Infektionsschutzmaßnahmen zu einer Belebung insbesondere in den Konsumnahmen Dienstleistungen führen. Dies zeigt sich bereits deutlich im Tourismus und im Gastgewerbe. Daher dürfte der private Konsum zu einer Belebung der Binnennachfrage beitragen.

Die Lieferengpässe, die seit dem vergangenen Jahr die Erholung von den wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie verzögerten, haben sich zu Beginn des Jahres etwas verringert, so dass die Investitionen recht kräftig ausgeweitet werden konnten. Zudem wurden die Bauinvestitionen wohl aufgrund des milden Winters stärker als sonst in dieser Jahreszeit üblich ausgeweitet. Diese positive Entwicklung dürfte sich im zweiten Quartal aber nicht fortsetzen. So haben sich die Probleme bei der internationalen Logistik durch das jüngste Aufflammen des Infektionsgeschehens in China und die damit verbundenen Lockdowns wieder verschärft. Darüber hinaus belastet die kräftige Teuerung von Rohstoffen und Vorprodukten das Produzierende Gewerbe. Auch die mit dem Krieg in der Ukraine einhergehende hohe Unsicherheit über die weitere wirtschaftliche Entwicklung dürfte die Unternehmen dazu veranlassen, geplante Investitionen zurückzustellen.

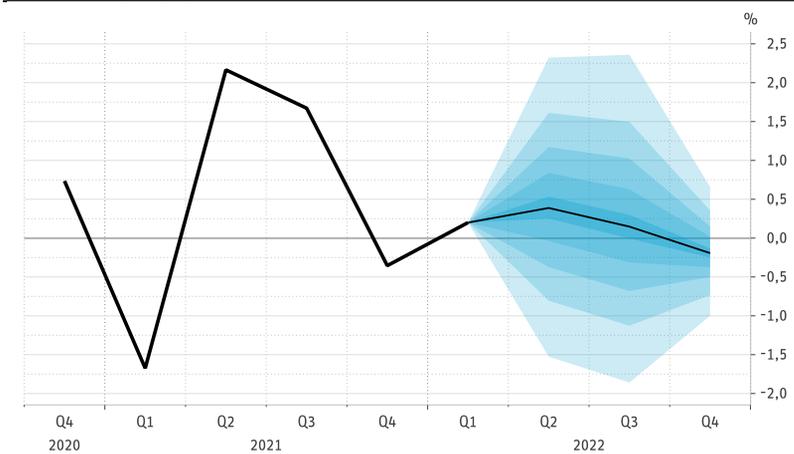
RWI Konjunkturbericht 73 (2)

Insgesamt weisen die aktuellen Indikatoren darauf hin, dass sich die konjunkturelle Erholung im zweiten Quartal kaum verstärkt. Zwar zeigen die ifo-Umfragen, dass die Unternehmen die Geschäftslage zunehmend besser beurteilen und ihre Erwartungen für die nächsten sechs Monate nach oben korrigiert haben. Allerdings deutet der Lkw-Maut-Index lediglich auf eine Stabilisierung der wirtschaftlichen Aktivität hin. Die Indikatoren des RWI-Nowcasting-Modells weisen zusammen darauf hin, dass das BIP im zweiten Quartal um 0,4% gegenüber dem Vorquartal ausgeweitet wird (Schaubild 1).

Schaubild 1

Modellprognose der BIP-Zuwachsraten

Veränderungen gegenüber dem Vorquartal in %



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. Prognose mit dem vom RWI verwendeten Mixed-Frequency-VAR-Modell.

3. Belastungen für die Konjunktur gehen nur langsam zurück

Die weitere konjunkturelle Erholung hängt zu einem bedeutenden Teil von der Inflationsentwicklung ab. Dafür ist kurzfristig von Bedeutung, wie sich die Preise für Energie und andere Rohstoffe entwickeln. Im weiteren Prognoseverlauf gewinnt die geldpolitische Reaktion auf die hohen Teuerungsraten an Bedeutung. Zudem zeigt sich nach wie vor sehr deutlich, dass die Corona-Pandemie nicht überwunden ist und das Risiko einer neuen starken Infektionswelle im Herbst besteht. In dieser Prognose wird unterstellt, dass die Zahl der Neuinfektionen im Herbst ansteigt. Die Krankheitsverläufe sind aber – auch durch geeignete Schutzmaßnahmen – nicht so schwer, dass

Deutsche Konjunktur zur Jahresmitte 2022

Einschränkungen der sozialen Kontakte zur Vermeidung einer Überlastung des Gesundheitssystems verhängt werden. Zudem wird angenommen, dass sich die internationalen Lieferketten nach und nach normalisieren.

Konkret werden für die Prognose die folgenden Annahmen getroffen:

- Der Welthandel wird in diesem Jahr zunächst von den erneuten Lieferengpässen gedämpft, die aber in der zweiten Jahreshälfte zurückgehen. Insgesamt erwarten wir für dieses Jahr einen Zuwachs des Welthandels von 3,3%. Im kommenden Jahr dürfte er mit 2,9% expandieren.
- Der Preis für Rohöl (Sorte Brent) ist in der ersten Jahreshälfte 2022 stark gestiegen und die Future-Kontrakte deuten darauf hin, dass sich die Ölpreise auch im dritten Quartal noch etwas erhöhen und danach wieder zurückgehen. Für den Jahresdurchschnitt erwarten wir in diesem Jahr einen Ölpreis von 110,3 Dollar je Barrel. Im kommenden Jahr wird der Preis im Jahresdurchschnitt auf 100,4 Dollar je Barrel sinken.
- Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem Dollar wird im Prognosezeitraum auf dem zuletzt erreichten Niveau von 1,06 Dollar je Euro konstant fortgeschrieben.
- Die Tariflöhne auf Monatsbasis in der Abgrenzung des Statistischen Bundesamtes dürften im Prognosezeitraum stärker steigen als in den vergangenen Jahren. In diesem Jahr ist ein Anstieg um 2,6% zu erwarten. Im kommenden Jahr dürfte der Zuwachs mit 3,6% nochmals höher ausfallen.

Bezüglich der Wirtschaftspolitik nehmen wir Folgendes an:

- Die Europäische Zentralbank (EZB) wird den Zins für Hauptrefinanzierungsgeschäfte ab Juli dieses Jahres schrittweise anheben. Am Ende des Prognosezeitraums dürfte der maßgebliche Leitzins ein Niveau von 1,75% erreichen.
- Die Finanzpolitik ist im laufenden Jahr restriktiv und im kommenden Jahr expansiv ausgerichtet. Ausweislich der Saldenmethode machte im laufenden Jahr der restriktive Impuls 2,1% in Relation zum Produktionspotenzial aus. Im kommenden Jahr beträgt der expansive Impuls 0,6% (Tabelle 6).

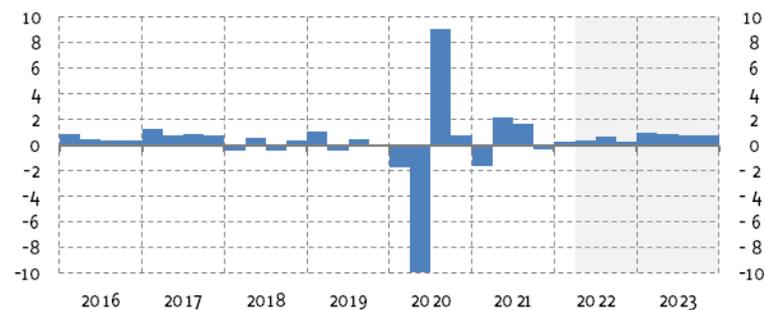
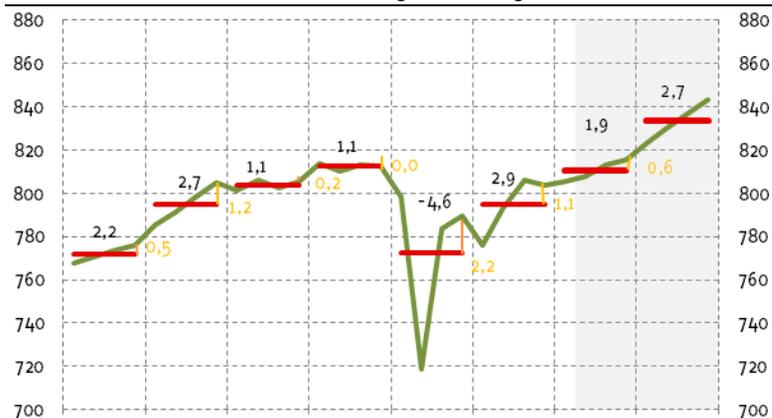
Insgesamt ist zu erwarten, dass das BIP in diesem Jahr um 1,9% ausgeweitet wird (Schaubild 2). Damit revidieren wir unsere Prognose vom März um 0,6%-Punkte nach unten. Der Hauptgrund ist, dass die Inflation deutlich stärker gestiegen ist als in der vergangenen Prognose erwartet. Daher werden Unternehmen und Haushalte deutlich stärker belastet. Für das kommende Jahr erwarten wir einen Anstieg des BIP um 2,7% (Tabelle 2).

RWI Konjunkturbericht 73 (2)

Schaubild 2

Bruttoinlandsprodukt in Deutschland

2016 bis 2023; real; Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



- Bruttoinlandsprodukt in Mrd. €
- Jahresdurchschnitt in Mrd. €
- Zahlenangabe: Veränderung gegenüber dem Vorjahr
- Statistische Unter-/Überhänge
- Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. Ab dem zweiten Quartal 2022 eigene Prognose.

Deutsche Konjunktur zur Jahresmitte 2022

Tabelle 2

Statistische Komponenten der Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts 2020 bis 2023; in %

	2020	2021	2022 ^p	2023 ^p
Statistischer Überhang ¹	0,0	2,2	1,1	0,6
Jahresverlaufsrate ²	-2,9	1,8	1,5	3,4
Durchschnittliche Veränderung, kalenderbereinigt	-4,9	2,9	2,0	2,9
Kalendereffekt ³	0,4	0,0	-0,1	-0,2
Durchschnittliche Veränderung	-4,6	2,9	1,9	2,7

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – ¹Saison- und kalenderbereinigtes BIP im vierten Quartal des Vorjahres in % des Quartalsdurchschnitts des Vorjahres. – ²Veränderung des saison- und kalenderbereinigten BIP im vierten Quartal gegenüber dem vierten Quartal des Vorjahres. – ³In % des realen BIP. – ^pEigene Prognose.

3.1 Dienstleistungshandel erholt sich

Der Krieg in der Ukraine und die sich erneut verschärfenden Lieferengpässe belasten den Außenhandel weiterhin. So haben die Warenexporte bereits im ersten Quartal um 3,7% und die Warenimporte um 1,3% abgenommen. Im zweiten Quartal dürften sowohl die Warenausfuhren als auch die Wareneinfuhren weiter zurückgehen, wengleich mit verringertem Tempo. Die Probleme spiegeln sich auch in starken Anstiegen z.B. bei den Importpreisen wider. Hier dürfte der Auftrieb aber allmählich nachlassen. Da sich auch die Materialengpässe nach und nach wieder verringern, ist zu erwarten, dass sowohl die Warenimporte als auch die -exporte ab dem dritten Quartal wieder ausgeweitet werden.

Die Dienstleistungsexporte sind im ersten Quartal dieses Jahres um 4,4% gestiegen, die Dienstleistungsimporte sogar um 9,0%. Da in diesem Bereich noch erhebliches Aufholpotenzial nach dem Einbruch der Corona-Krise besteht, sind auch für die kommenden Quartale hohe Zuwachsraten zu erwarten. Zusammengenommen dürften die Exporte in diesem Jahr um 1,3% und im nächsten Jahr um 3,6% wachsen. Die Importe dürften im Jahr 2022 um 5,6% und 2023 um 4,0% zunehmen.

3.2 Ausrüstungsinvestitionen ziehen an

Die Ausrüstungsinvestitionen sind im ersten Quartal dieses Jahres recht deutlich um 2,5% ausgeweitet worden. Das Abklingen der pandemiebedingten Lieferengpässe bei gleichzeitigem Auftragsüberhang stärkte die Investitionskonjunktur. Allerdings ging die Investitionsgüterproduktion bereits unmittelbar mit dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine zurück. So lag diese im März bereits 6,5% unter dem Niveau vom

Februar. Die inländischen Umsätze gaben noch stärker nach (-8,8%). Auch die Investitionsgüterimporte waren schwach. Daher dürften die Ausrüstungsinvestitionen im zweiten Quartal dieses Jahres zurückgehen.

Für das Sommerhalbjahr deuten die ifo Geschäftserwartungen auf eine spürbare Erholung hin. So war die Geschäftslage der Investitionsgüterhersteller im Mai zwar weiterhin auf ähnlich schlechtem Niveau wie im März, allerdings zogen die Erwartungen bereits in der Mitte des zweiten Quartals sehr deutlich an. Daher ist ab dem dritten Quartal mit einer Ausweitung der Ausrüstungsinvestitionen zu rechnen. Alles in allem rechnen wir in diesem Jahr mit einem Zuwachs der Ausrüstungsinvestitionen von 2,3%. Wohingegen diese im nächsten Jahr um 8,0% zulegen dürften (Tabelle 3).

3.3 Materialengpässe prägen die Bauinvestitionen

Die Bauinvestitionen sind im ersten Quartal dieses Jahres sehr stark ausgeweitet worden (+4,6%). Ähnlich wie bei den Ausrüstungsinvestitionen spielte ein Abflachen der pandemiebedingten Lieferengpässe eine wesentliche Rolle. Hinzu kam die recht milde Witterung.

Im zweiten Quartal dürften sich die Lieferengpässe allerdings wieder verschärft haben. So hatte der entsprechende Indikator der ifo-Umfrage im April sprunghaft einen neuen Höchststand erreicht, nachdem er vorher seit dem Juni vergangenen Jahres gesunken war. Allerdings zeichnet sich für Mai schon wieder eine Entspannung ab, so dass die Bauinvestitionen im dritten Quartal ausgeweitet werden dürften. Hierfür sprechen nicht zuletzt die im März wieder deutlich nach oben gerichteten Auftrags-eingänge sowie die im Mai verbesserten Geschäftserwartungen. Beim öffentlichen Nichtwohnungsbau war der Tiefstand im Stimmungsbild bereits etwas früher erreicht, weshalb in diesem Bereich der Bauinvestitionen von einer etwas früheren Erholung auszugehen ist.

Alles in allem dürften die Bauinvestitionen in diesem Jahr um 1,9%, im kommenden Jahr dann um 2,1% ausgeweitet werden. Dabei dürfte sich der Wohnungsbau weiterhin etwas dynamischer als der Nichtwohnungsbau entwickeln.

Deutsche Konjunktur zur Jahresmitte 2022

Tabelle 3

RWI-Konjunkturprognose vom Juni 2022

2020 bis 2023, Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %

	2020	2021	2022 ^p	2023 ^p	Änderung zum März		
					2021	2022	2023
Bruttoinlandsprodukt ¹	-4,6	2,9	1,9	2,7	0,0	-0,6	-0,9
Verwendung ¹							
Konsumausgaben	-3,2	1,1	3,8	3,0	0,1	0,0	-0,5
Private Haushalte ²	-5,9	0,3	5,4	3,6	0,2	0,3	-0,7
Staat	3,5	2,9	0,2	1,7	-0,2	-0,7	0,1
Anlageinvestitionen	-2,2	1,1	1,9	4,2	-0,3	0,0	-0,2
Bauten	2,5	0,0	1,9	2,1	-0,6	1,5	0,5
Ausrüstungen	-11,2	3,3	2,3	8,0	-0,1	-0,9	-2,1
Sonstige Anlagen	1,0	0,7	1,3	4,5	0,0	-3,0	0,7
Vorratsveränd. (Wachstumsbeitrag)	-0,9	1,1	0,5	-0,4	0,1	0,6	-0,4
Inländische Verwendung	-4,0	2,3	3,8	2,9	0,1	0,7	-0,9
Außenbeitrag (Wachstumsbeitrag)	-0,8	0,8	-1,8	-0,2	0,0	-1,3	-0,1
Ausfuhr	-9,3	9,6	1,3	3,6	-0,3	-4,0	0,9
Einfuhr	-8,6	9,1	5,6	4,0	-0,2	-1,5	1,1
Erwerbstätige ³ , in 1000	44 898	44 918	45 567	45 853	-2	141	171
Arbeitslose ⁴ , in 1000	2 695	2 613	2 287	2 256	0	-3	1
Arbeitslosenquote ⁵ , in %	5,9	5,7	5,0	4,9	0,0	0,0	0,0
Verbraucherpreise ⁶	0,5	3,1	6,9	2,6	0,0	1,6	0,4
Lohnstückkosten ⁷	4,3	0,6	2,9	2,5	0,1	1,3	2,7
Finanzierungssaldo des Staates ⁸							
in Mrd.€	-145,2	-130,8	-53,4	-36,2	1,6	35,3	33,9
in % des nominalen BIP	-4,3	-3,7	-1,4	-0,9	0,0	0,9	0,8
Leistungsbilanzsaldo ⁹							
in Mrd.€	238,7	265,0	145,5	153,8	-0,3	-70,0	-116,3
in % des nominalen BIP	7,1	7,4	3,9	3,9	0,0	-1,8	-2,8
Nachrichtlich:							
BIP USA	-3,4	5,7	2,5	2,0	0,0	-1,0	-0,3
BIP Euro-Raum	-6,5	5,4	3,0	2,3	0,1	-0,4	-0,6
Inflation Euro-Raum	0,3	2,6	6,8	3,1	0,0	1,2	1,0

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Deutschen Bundesbank und der Bundesagentur für Arbeit. – ¹Preisbereinigt. – ²Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ³Im Inland. – ⁴Nationale Abgrenzung. – ⁵Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen. – ⁶Verbraucherpreisindex. – ⁷Arbeitnehmerentgelte je Beschäftigten bezogen auf das reale BIP je Erwerbstätigen. – ⁸In der Abgrenzung der VGR. – ⁹In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik. – ¹⁰Abweichungen rundungsbedingt möglich. – ^pEigene Prognose.

3.4 Privater Konsum durch Preissteigerungen schwach

Die Konsumstimmung der privaten Haushalte wird von hohen Inflationsraten getrübt. Obwohl die Corona-Maßnahmen beispielsweise für Einzelhandel und Gastgewerbe seit dem Frühjahr 2022 weitestgehend aufgehoben wurden, was zu deutlich steigendem privaten Konsum hätte führen sollen, war der reale Konsum im ersten Quartal 2022 noch leicht rückläufig und die Indikatoren zur Konsumentenstimmung deuten weiter auf eine recht schwache Entwicklung hin. Dies liegt vorwiegend an der Inflation, die insbesondere in der Folge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine und den daraus folgenden Einschränkungen und Sanktionen historisch hohe Raten verzeichnet. Entsprechend befürchten die Konsumenten schwindende Realeinkommen und sehen häufig von größeren Anschaffungen ab, die nicht dringend notwendig sind. Die Ergebnisse der GfK-Konsumklimastudie unterstützen diesen Eindruck: Im April lag der Index niedriger als zuvor in der gesamten Corona-Krise und auch im Mai stieg er nur unwesentlich an. Das Konsumklima entwickelte sich damit zuletzt auch deutlich schwächer als etwa das Geschäftsklima und zahlreiche Arbeitsmarkindikatoren.

Um den Kaufkraftverlust bei den privaten Haushalten zu reduzieren, hat die Bundesregierung Maßnahmen getroffen, insbesondere in Form eines Entlastungspakets. Die Erfahrung aus den Transfers, die im Konjunkturpaket während der Corona-Jahre 2020 und 2021 geleistet wurden, zeigt, dass Maßnahmen wie der für Juli geplante Kinderbonus und die Energiepreispauschale im September sich zu großen Teilen zügig in Konsum der Haushalte übersetzen dürften. Der Tankrabatt hat allerdings bisher zu keinem deutlichen Rückgang der Verbraucherpreise geführt, das 9-Euro-Ticket für öffentliche Verkehrsmittel wird hingegen stark genutzt und könnte den damit zusammenhängenden regionalen Konsum anregen. Insgesamt dürfte sich der private Konsum trotz der negativen Stimmung im Jahresverlauf spürbar erholen und im Jahresdurchschnitt 2022 um 5,4% steigen. Im folgenden Jahr ist mit einer niedrigeren Wachstumsrate von 3,6% zu rechnen, da von anhaltend höheren Inflationsraten auszugehen ist, die die Konsumenten längerfristig zurückhaltend stimmen dürften. Die Wachstumsraten beinhalten noch einen substanziellen Aufholeffekt nach dem massiven Konsumausfall im Verlauf der Corona-Krise. Das Vorkrisenniveau wird dabei erst in der zweiten Jahreshälfte 2022 erreicht.

3.5 Staatskonsum normalisiert sich

Für das laufende Jahr rechnen wir mit einem leichten Anstieg des realen Staatskonsums. Im Vergleich zum Vorjahr gehen Ausgaben in Zusammenhang mit der Corona-Pandemie zurück. Gleichzeitig fallen zusätzliche Ausgaben für Flüchtlinge

Deutsche Konjunktur zur Jahresmitte 2022

aus der Ukraine an. 2023 dürfte sich der Staatskonsum normalisieren und mit etwas geringerer Zuwachsrate als während der Corona-Krise steigen.

4. Produktion wird von Lieferengpässen und steigenden Preisen gedämpft

Zu Beginn des Jahres hat sich das konjunkturelle Umfeld in Deutschland zunächst deutlich verbessert. Das Auslaufen der pandemischen Lage und der damit verbundenen Politikmaßnahmen hat den konsumnahen Dienstleistungen einen deutlichen Schub gegeben. So deuten Daten zur Mobilität im Einzelhandel auf eine Belebung seit dem ersten Quartal hin. Zudem hat die Verringerung der internationalen Lieferengpässe die Produktion im Produzierenden Gewerbe zunächst deutlich steigen lassen. Der Krieg in der Ukraine belastet die Produktion jedoch inzwischen wieder recht deutlich. Insbesondere die stark steigenden Preise für Energie und andere Rohstoffe haben die Kosten für die Unternehmen und privaten Haushalte kräftig erhöht. Im März 2022 ist daher ein deutlicher Rücksetzer der wirtschaftlichen Aktivität im Verarbeitenden Gewerbe zu verzeichnen. Währenddessen überwogen in den Wirtschaftszweigen des Dienstleistungssektors im ersten Quartal die Wachstumskräfte, so dass die Bruttowertschöpfung dort zugenommen hat.

In aktuellen Umfragen scheinen Unternehmen ihre pessimistische Einschätzung der aktuellen wirtschaftlichen Situation nach dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine bereits teilweise revidiert zu haben. Allerdings dürfte das Aufflammen der Corona-Pandemie in China für eine erneute Verschärfung der Lieferengpässe sorgen, so dass die Erholung im Produzierenden Gewerbe zunächst moderat bleiben dürfte. Erst in der zweiten Jahreshälfte ist mit einer allmählichen Auflösung der Lieferengpässe zu rechnen. Eine Voraussetzung dafür ist allerdings, dass es, wie in dieser Prognose angenommen, im Herbst nicht zu einer erneuten Einschränkung des öffentlichen Lebens aufgrund der Infektionslage kommt. Die Produktion wird daher trotz der hohen Bestände an Aufträgen nur sukzessive ausgeweitet (Tabelle 4).

Tabelle 4

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹

2021,1 bis 2022,4; Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %

	2021				2022			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Bruttoinlandsprodukt	-1,7	2,2	1,7	-0,3	0,2	0,3	0,7	0,3
Bruttowertschöpfung (A-T)	-0,9	1,6	2,3	-1,3	0,7	0,4	0,6	0,6
darunter:								
Produzierendes Gewerbe o. Baugewerbe (B-E)	-0,8	-0,8	-1,1	1,1	-0,4	-0,1	0,5	0,7
Darunter								
Verarbeitendes Gewerbe (C)	-0,5	-1,1	-1,2	1,1	-0,1	0,0	0,5	0,8
Energie-, Wasserversorgung, usw. (D-E)	-2,7	1,1	-0,7	1,4	-1,6	-0,5	0,5	0,5
Baugewerbe (F)	-4,8	2,1	-3,0	-2,1	4,5	-2,0	0,5	0,5
Handel, Verkehr, Gastgewerbe (G-I)	-2,4	2,1	6,0	-0,8	0,9	1,3	0,8	0,5
Information und Kommunikation (J)	-0,3	0,4	1,2	1,7	0,5	0,5	0,5	0,5
Finanz- und Versicherungsdienstleister (K)	-1,1	1,2	1,5	-1,0	1,8	-1,5	0,5	0,2
Grundstücks- und Wohnungswesen (L)	0,3	-0,3	1,1	-0,2	0,1	0,2	0,2	0,2
Unternehmensdienstleister (M-N)	-0,2	4,2	3,7	-0,8	0,2	0,3	0,5	1,0
Öffentliche Dienstleister (O-Q)	-0,4	4,4	3,1	-4,2	1,1	1,0	1,0	0,5
Sonstige Dienstleister (R-T)	2,8	0,1	13,8	-10,4	6,2	2,0	1,0	0,8

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. Weitere Quartals- und Jahreswerte finden sich im Anhang. - ¹Saison- und kalenderbereinigte Werte.

5. Hoher Beschäftigungszuwachs zu Jahresbeginn

Die kräftige Erholung am Arbeitsmarkt setzt sich fort. Die Zahl der Erwerbstätigen war trotz eines weiteren Corona-Winters schon im Schlussquartal 2021 deutlich gestiegen und dieser Anstieg beschleunigte sich nochmals im ersten Quartal 2022 mit einem Plus von 217 Tsd. Erwerbstätigen im Inland. Dabei kommt fast der gesamte Anstieg aus der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Die Zahl der Selbstständigen stagnierte zuletzt, was allerdings einen Aufholeffekt aus dem Corona-bedingten Stellenverlust impliziert, da der langfristige Trend der Zahl der Selbstständigen seit einigen Jahren negativ verläuft. Die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten ging sogar erneut deutlich zurück.

Über das gesamte Jahr ist mit stark steigenden Beschäftigtenzahlen zu rechnen, auch durch die Integration hochqualifizierter geflüchteter Menschen aus der Ukraine, für die ein vereinfachter Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglicht werden soll. Indikatoren wie der BA-X der Bundesagentur für Arbeit, das IAB Arbeitsmarktbarometer und das ifo Beschäftigungsbarometer weisen allesamt auf eine hohe Arbeitsnachfrage und Einstellungsbereitschaft hin. Gleichzeitig lässt die Rekordzahl der gemeldeten

Deutsche Konjunktur zur Jahresmitte 2022

offenen Arbeitsstellen und der Anstieg der durchschnittlichen Vakanzzeit auf eine Verschärfung des Fachkräftemangels in Deutschland schließen.

Tabelle 5

Arbeitsmarktbilanz

2017 bis 2023; Jahresdurchschnitt in 1 000 Personen

	2017	2018	2019	2020	2021	2022 ^P	2023 ^P
Arbeitsvolumen (Mill. Stunden)	61 471	62 113	62 539	59 454	60 490	61 249	62 452
Erwerbstätige Inland	44 251	44 858	45 268	44 898	44 918	45 567	45 853
Erwerbstätige Inländer	44 131	44 719	45 125	44 803	44 801	45 434	45 713
Selbständige	4 273	4 223	4 151	4 038	3 929	3 918	3 907
darunter:							
Förderung d.Selbständigkeit ¹	27	24	23	21	20	18	17
Arbeitnehmer (Inland)	39 978	40 635	41 117	40 860	40 989	41 649	41 946
darunter:							
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	32 234	32 964	33 518	33 579	33 897	34 493	34 735
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	4 742	4 671	4 579	4 290	4 101	4 125	4 187
Unterbeschäftigte (ohne Kurzarbeiter)	3 496	3 261	3 172	3 488	3 368	3 032	2 965
darunter:							
Registrierte Arbeitslose Aktivierung und berufliche Eingliederung	2 533	2 340	2 267	2 695	2 613	2 287	2 256
Berufliche Weiterbildung „Ein-Euro-Jobs“	216	191	210	173	173	173	175
Gründungszuschuss	169	166	181	181	178	167	149
Kurzarbeiter	100	94	98	100	97	97	97
Unterbeschäftigte (einschl. Kurzarbeiter) ²	23	21	20	18	17	16	15
nachrichtlich:							
Arbeitslosenquote ³	114	118	145	2 939	1 838	304	145
Erwerbslosenquote ⁴	3 542	3 305	3 220	4 705	4 253	3 173	3 009
	5,7	5,2	5,0	5,9	5,7	5,0	4,9
	3,5	3,2	3,0	3,6	3,3	2,7	2,7

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Bundesagentur für Arbeit und des IAB. -¹Überbrückungsgeld, Existenzgründungszuschuss, Einstiegsgeld, Gründungszuschuss. -²Vollzeitäquivalente. -³Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. -⁴Abgrenzung der International Labour Organization; bezogen auf alle inländischen Erwerbspersonen. -^PEigene Prognose, Angaben gerundet.

Das Erwerbspersonenpotenzial nähert sich zum Ende des Prognosezeitraums seinem Zenit, bevor mittelfristig der demografische Wandel zu einem Rückgang der Personen im erwerbsfähigen Alter führt. Dadurch dürfte sich im Jahresdurchschnitt die Erwerbstätigkeit im Jahr 2022 mit einem Anstieg von 1,4% sehr stark entwickeln, im Jahr 2023 dürfte der Anstieg nur noch 0,6% betragen. Die Arbeitslosenquote dürfte bei 5,0%, respektive 4,9% über die Jahre 2022 und 2023 liegen (Tabelle 5).

Die kommende Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro wird voraussichtlich im Aggregat nur geringe Beschäftigungsauswirkungen haben, allerdings sorgt sie für strukturelle Veränderungen der Beschäftigungsformen, da für Unternehmen das Einstellen von Minijobbern gegenüber sozialversicherungspflichtig Beschäftigten etwas unattraktiver wird, wenngleich die mit der Reform verbundene Anhebung der Minijobgrenze diesem Effekt leicht entgegenwirkt (vgl. Schmidt et al. 2022, Kasten 2 - Die Effekte der Mindestloohnerhöhung und der Erhöhung der Minijobgrenze). Dies führt auch dazu, dass die Arbeitszeit je Arbeitnehmer geringfügig steigt.

6. Löhne steigen schneller – aber nur nominal

Die kürzlich abgeschlossenen sowie die aktuell laufenden Tarifverhandlungen sehen höhere Zuwächse bei den Löhnen vor als im Durchschnitt der vergangenen Jahre. Gleichzeitig zog die Inflation jedoch kräftig an und die Lebenshaltungskosten erhöhten sich dementsprechend deutlich. Durch das zuletzt stark gestiegene Preisniveau und die im Vergleich dazu aber nur moderat erhöhten Löhne mussten deutschlandweit Arbeitnehmer fallende Reallöhne hinnehmen. Es ist auch nicht zu erwarten, dass kommende Lohnsteigerungen im Prognosezeitraum mit der Inflationsrate Schritt halten, so dass sich derzeit keine Lohn-Preis-Spirale abzeichnet. Die Tariflöhne dürften nominal im Jahr 2022 um 2,6% steigen. Für das Jahr 2023 ist eine Zuwachsrate von 3,6% zu erwarten. Die Effektivverdienste steigen im gleichen Zeitraum mit dem Konjunkturzyklus etwas dynamischer und dürften einen Zuwachs von 3,8% bzw. 4,5% verzeichnen. Die beschlossene Mindestloohnerhöhung wirkt sich dabei auch direkt und indirekt über Ausstrahleffekte positiv auf die Entlohnung mehrerer Millionen Beschäftigter aus.

7. Preisanstieg lässt nur allmählich nach

Der Preisauftrieb ist in Deutschland nach wie vor hoch. Im Mai stiegen die Preise mit voraussichtlich 7,9% gegenüber dem Vorjahr außerordentlich kräftig. Besonders stark ist die Teuerung bei Energie und einigen Nahrungsmitteln, wie z.B. Speisefette und -öle. Dies dürfte vor allem im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine

Deutsche Konjunktur zur Jahresmitte 2022

stehen. Aber auch die Preise vieler anderer Güter und Dienstleistungen steigen stärker als zuvor. Dieser Prozess dürfte sich nur allmählich abschwächen. So zeichnet sich bereits ab, dass die Preise für Gas an private Haushalte in den kommenden Monaten weiter kräftig angehoben werden. Die geringeren Ernten in der Ukraine und die blockierte Ausfuhr aus der Ukraine lassen ebenfalls erwarten, dass die Preise für Weizen und andere Nahrungsmittelrohstoffe weiter steigen. Allerdings schwächen sich die Preisanstiege bei einigen Rohstoffen wie z.B. Rohöl inzwischen ab. Darüber hinaus schränken die Verbraucher ihre Anschaffungen in einigen Bereichen aufgrund der starken Teuerung ein. Dadurch mindert sich der Spielraum für Preiserhöhungen durch die Unternehmen. Auch die schrittweise geldpolitische Straffung dürfte nach und nach zu einer Abschwächung der Preisanstiege beitragen. Insgesamt ist zu erwarten, dass die Preise im Jahresdurchschnitt dieses Jahres um 6,9% steigen. Im kommenden Jahr geht die Teuerung im Jahresdurchschnitt auf 2,6% zurück. Die Kernrate dürfte im laufenden Jahr auf 4,1% ansteigen und im kommenden Jahr 2,3% betragen.

8. Finanzpolitik im laufenden Jahr restriktiv und im kommenden Jahr expansiv

Das Finanzierungsdefizit der öffentlichen Haushalte dürfte 2022 gut 53 Mrd. Euro betragen. Im Vorjahr waren es noch 131 Mrd. Euro. Die Staatseinnahmen dürften sich prozentual nur leicht stärker als das Bruttoinlandsprodukt erhöhen. Einem noch stärkeren Anstieg wirken unter anderem Maßnahmen anlässlich der gestiegenen Energiepreise entgegen – etwa die temporäre Senkung der Energiesteuer und die Erhöhung des Grundfreibetrags der Einkommensteuer. Die absoluten Staatsausgaben stagnieren hingegen in etwa. Diese werden zwar unter anderem durch Transfers an Erwerbstätige und Leistungsempfänger, nämlich die Energiepreispauschale und den Heizkostenzuschuss sowie die Subvention des öffentlichen Nahverkehrs durch das 9-Euro-Ticket, erhöht. Die Ausgaben im Zusammenhang mit der Corona-Krise gehen hingegen stark zurück. Besonders deutlich ist der Rückgang bei den Subventionen, die wegen der Einstellung von Hilfsprogrammen für Unternehmen im Vergleich zum Vorjahr um mehr als die Hälfte abnehmen.

Im Jahr 2023 sinkt das Finanzierungsdefizit weiter auf 36 Mrd. Euro. Der Anstieg der Einnahmen wird zwar unter anderem durch den Abbau der kalten Progression gedämpft. Der Zuwachs bei den Staatsausgaben bleibt dennoch dahinter zurück. So dürften etwa die monetären Sozialleistungen und Subventionen nur schwach expandieren.

RWI Konjunkturbericht 73 (2)

Ausweislich der Saldenmethode (Tabelle 6) ist die Finanzpolitik in diesem Jahr restriktiv und im Jahr 2023 expansiv ausgerichtet. Das Finanzierungsdefizit der öffentlichen Haushalte nimmt im laufenden Jahr ab, während die Produktionslücke nur langsam kleiner wird. Im kommenden Jahr bleibt der Rückgang des Finanzierungsdefizits hingegen hinter dem der Konjunkturkomponente zurück.

Die Bruttoschuldenstandsquote in Abgrenzung des Maastricht-Vertrags dürfte im Prognosezeitraum von 69% im Jahr 2021 auf rund 67% im Jahr 2023 zurückgehen.

Tabelle 6

Finanzierungssaldo, struktureller Finanzierungssaldo und struktureller Primärsaldo des Staates

in Prozent des Bruttoinlandsprodukts, bzw. des Produktionspotenzials,

	2019	2020	2021	2022 ^P	2023 ^P
Finanzierungssaldo des Staates	1,5	-4,3	-3,7	-1,4	-0,9
-Konjunkturkomponente ¹	0,6	-2,4	-1,5	-1,1	-0,3
=konjunkturbereinigter Fin,-saldo	0,9	-1,9	-2,1	-0,3	-0,6
-Einmaleffekte ²	0,0	0,0	0,0	-0,1	0,0
=struktureller Finanzierungssaldo	0,9	-1,9	-2,1	-0,2	-0,6
+Zinsausgaben	0,8	0,6	0,6	0,6	0,5
=struktureller Primärsaldo	1,7	-1,3	-1,6	0,3	-0,1

¹Berechnet mit Budgetsemielastizität von 0,55, ² Zahlungen an Betreiber von Kernkraftwerken, ^PEigene Prognose, Finanzierungssaldo in Relation zum Bruttoinlandsprodukt, alle anderen Werte in Relation zum Produktionspotenzial.

Literatur

Schmidt, T., G. Barabas, N. Benner, M. Dirks, N. Isaak, R. Jessen, P. Schacht und A. Steuernagel (2022), Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Gestiegene Energiepreise belasten die Erholung. RWI Konjunkturberichte, 73, 1, 39-78

Deutsche Konjunktur zur Jahresmitte 2022

Anhang

Tabelle A1

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2020	2021	2022	2023
Bruttoinlandsprodukt	-4,6	2,9	1,9	2,7
Bruttowertschöpfung (A-T)	-4,9	2,9	2,0	2,7
darunter:				
Produzierendes Gewerbe o. Baugewerbe (B-E)	-9,3	4,1	-0,1	4,9
darunter				
Verarbeitendes Gewerbe (C)	-10,0	4,6	0,1	5,0
Energie-, Wasserversorgung, usw. (D-E)	-4,4	0,7	-0,7	5,1
Baugewerbe (F)	3,8	-1,7	0,4	1,5
Handel, Verkehr,				
Gastgewerbe (G-I)	-5,2	3,2	5,2	2,1
Information und				
Kommunikation (J)	-1,0	3,2	3,1	1,9
Finanz- und Versicherungsdienstleister (K)	0,5	-0,4	1,1	0,5
Grundstücks- und Wohnungswesen (L)	-0,4	0,9	0,8	0,8
Unternehmensdienstleister (M-N)	-7,4	5,5	3,1	3,1
Öffentliche Dienstleister (O-Q)	-3,2	3,1	1,7	2,2
Sonstige Dienstleister (R-T)	1,7	1,5	-7,9	1,2

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. - ¹Real.

RWI Konjunkturbericht 73 (2)

Tabelle A2

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹

Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %

	2020				2021			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Bruttoinlandsprodukt	-1,8	-10,0	9,0	0,7	-1,7	2,2	1,7	-0,3
Bruttowertschöpfung (A-T)	-1,3	-10,9	9,2	0,4	-0,9	1,6	2,3	-1,3
darunter:								
Produzierendes Gewerbe o. Baugewerbe (B-E)	-3,5	-17,4	13,7	6,4	-0,8	-0,8	-1,1	1,1
darunter								
Verarbeitendes Gewerbe (C)	-3,6	-18,9	14,8	7,1	-0,5	-1,1	-1,2	1,1
Energie-, Wasserversorgung, usw. (D-E)	-2,9	-7,9	7,5	1,8	-2,7	1,1	-0,7	1,4
Baugewerbe (F)	5,4	-3,5	-2,9	8,0	-4,8	2,1	-3,0	-2,1
Handel, Verkehr,								
Gastgewerbe (G-I)	-0,1	-15,3	14,9	-1,9	-2,4	2,1	6,0	-0,8
Information und								
Kommunikation (J)	-0,9	-4,8	4,6	1,4	-0,3	0,4	1,2	1,7
Finanz- und Versicherungsdienstleister (K)	-0,7	0,7	0,8	-1,7	-1,1	1,2	1,5	-1,0
Grundstücks- und Wohnungswesen (L)	-0,3	-1,9	2,1	-0,2	0,3	-0,3	1,1	-0,2
Unternehmensdienstleister (M-N)	-1,2	-12,9	6,8	0,9	-0,2	4,2	3,7	-0,8
Öffentliche Dienstleister (O-Q)	-1,3	-8,5	10,4	-3,9	-0,4	4,4	3,1	-4,2
Sonstige Dienstleister (R-T)	-3,8	-17,1	20,3	-12,7	2,8	0,1	13,8	-10,4
	2022				2023			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Bruttoinlandsprodukt	0,2	0,3	0,7	0,3	1,0	0,8	0,8	0,8
Bruttowertschöpfung (A-T)	0,7	0,4	0,6	0,6	1,0	0,8	0,6	0,4
darunter:								
Produzierendes Gewerbe o. Baugewerbe (B-E)	-0,4	-0,1	0,5	0,7	2,5	1,8	1,0	0,5
darunter								
Verarbeitendes Gewerbe (C)	-0,1	0,0	0,5	0,8	2,5	1,8	1,0	0,5
Energie-, Wasserversorgung, usw. (D-E)	-1,6	-0,5	0,5	0,5	2,5	2,0	1,0	0,8
Baugewerbe (F)	4,5	-2,0	0,5	0,5	1,0	0,8	0,5	0,5
Handel, Verkehr,								
Gastgewerbe (G-I)	0,9	1,3	0,8	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
Information und								
Kommunikation (J)	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
Finanz- und Versicherungsdienstleister (K)	1,8	-1,5	0,5	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Grundstücks- und Wohnungswesen (L)	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Unternehmensdienstleister (M-N)	0,2	0,3	0,5	1,0	1,0	1,0	0,5	0,5
Öffentliche Dienstleister (O-Q)	1,1	1,0	1,0	0,5	0,5	0,4	0,4	0,4
Sonstige Dienstleister (R-T)	6,2	2,0	1,0	0,8	0,8	0,8	0,8	0,5

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – ¹Saison- und kalenderbereinigte Werte.

Deutsche Konjunktur zur Jahresmitte 2022

Tabelle A3

Hauptaggregate der Sektoren

2021; in Mrd. €

	Gegenstand der Nachweisung	Volks- wirt- schaft	Kapital- gesell- schaften	Staat	Private. Haus- halte	Übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	3 226,3	2 183,6	374,8	667,9	-
2	- Abschreibungen	694,2	403,4	87,3	203,6	-
3	= Nettowertschöpfung	2 532,1	1 780,3	287,5	464,3	-192,4
4	- Gel. Arbeitnehmerentgelte	1 917,9	1 381,8	294,0	242,1	16,2
5	- Gel. s. Produktionsabgaben	35,1	24,9	0,4	9,7	-
6	+ Empf. s. Subventionen	92,9	64,7	0,1	28,1	-
7	= Betriebsüberschuss u.Ä.	672,0	438,2	-6,8	240,6	-208,5
8	+ Empf. Arbeitnehmerentgelte	1 921,4	-	-	1 921,4	12,7
9	- Gel. Subventionen	109,8	-	109,8	-	4,7
10	+ Empf. Prod.- u. Imp.abgaben	393,6	-	393,6	-	7,5
11	- Gel. Vermögenseinkommen	574,9	535,4	21,8	17,7	190,7
12	+ Empf. Vermögenseinkommen	681,4	355,0	15,4	310,9	84,2
13	= Primäreinkommen	2 983,6	257,8	270,5	2 455,2	-299,6
14	- Gel. Eink.- u. Verm.steuern	473,4	109,7	-	363,7	12,1
15	+ Empf. Eink.- u. Verm.steuern	484,9	-	484,9	-	0,6
16	- Gel. Sozialbeiträge	773,8	-	-	773,8	4,2
17	+ Empf. Sozialbeiträge	774,7	140,6	633,3	0,9	3,3
18	- Gel. mon. Sozialleistungen	679,9	71,8	607,2	0,9	0,6
19	+ Empf. mon. Sozialleistungen	672,1	-	-	672,1	8,4
20	- Gel. s. lauf. Transfers	381,9	203,2	90,2	88,4	59,8
21	+ Empf. s. lauf. Transfers	326,2	179,9	30,0	116,3	115,4
22	= Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	2 932,6	193,6	721,3	2 017,7	-248,6
23	- Konsumausgaben	2 566,9	-	800,3	1 766,6	-
24	+ Zunahme betr. Vers.ansprüche	-	-60,8	-	60,8	-
25	= Sparen	365,7	132,8	-78,9	311,8	-248,6
26	- Gel. Vermögenstransfers	107,7	23,2	68,6	15,9	8,2
27	+ Empf. Vermögenstransfers	98,9	49,4	20,3	29,2	16,9
28	- Bruttoinvestitionen	811,4	471,2	92,1	248,1	-
29	+ Abschreibungen	694,2	403,4	87,3	203,6	-
30	- Nettoz. an nichtprod. Verm.gütern	0,2	0,7	-1,2	0,7	-0,2
31	= Finanzierungssaldo	239,6	90,5	-130,8	279,9	-239,6
	Nachrichtlich:					
32	= Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	2 932,6	193,6	721,3	2 017,7	-248,6
29	+ Soziale Sachleistungen	-	-	-514,7	514,7	-
34	= Verfüg. Eink. (Verbrauchskonzept)	2 932,6	193,6	206,6	2 532,4	-248,6

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

RWI Konjunkturbericht 73 (2)

Noch: Hauptaggregate der Sektoren

2022; in Mrd. €

Gegenstand der Nachweisung	Volks- wirt- schaft	Kapital- gesell- schaften	Staat	Private. Haus- halte	Übrige Welt
1 = Bruttowertschöpfung	3 356,2	2 244,3	390,7	721,2	-
2 - Abschreibungen	751,5	434,3	94,0	223,2	-
3 = Nettowertschöpfung	2 604,7	1 810,0	296,7	498,0	-56,2
4 - Gel. Arbeitnehmerentgelte	2 013,2	1 447,7	303,8	261,6	17,4
5 - Gel. s. Produktionsabgaben	36,9	26,5	0,4	9,9	-
6 + Empf. s. Subventionen	38,7	33,3	0,2	5,3	-
7 = Betriebsüberschuss u.Ä.	593,4	369,1	-7,4	231,7	-73,6
8 + Empf. Arbeitnehmerentgelte	2 016,5	-	-	2 016,5	14,2
9 - Gel. Subventionen	47,5	-	47,5	-	4,8
10 + Empf. Prod.- u. Imp.abgaben	429,4	-	429,4	-	7,8
11 - Gel. Vermögenseinkommen	701,1	662,4	21,6	17,1	218,1
12 + Empf. Vermögenseinkommen	826,3	473,4	15,8	337,1	92,9
13 = Primäreinkommen	3 117,0	180,1	368,7	2 568,2	-181,7
14 - Gel. Eink.- u. Verm.steuern	480,9	111,4	-	369,4	15,4
15 + Empf. Eink.- u. Verm.steuern	495,7	-	495,7	-	0,6
16 - Gel. Sozialbeiträge	799,8	-	-	799,8	4,5
17 + Empf. Sozialbeiträge	800,9	142,3	657,7	0,9	3,4
18 - Gel. mon. Sozialleistungen	706,3	74,4	631,1	0,9	0,6
19 + Empf. mon. Sozialleistungen	698,4	-	-	698,4	8,6
20 - Gel. s. lauf. Transfers	383,8	203,2	91,3	89,3	60,4
21 + Empf. s. lauf. Transfers	323,7	192,5	22,4	108,8	120,4
22 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	3 065,0	125,8	822,2	2 116,9	-129,7
23 - Konsumausgaben	2 782,2	-	840,8	1 941,4	-
24 + Zunahme betr. Vers.ansprüche	-	-61,9	-	61,9	-
25 = Sparen	282,7	63,9	-18,6	237,4	-129,7
26 - Gel. Vermögenstransfers	102,6	25,0	60,9	16,7	8,5
27 + Empf. Vermögenstransfers	94,1	29,9	33,5	30,7	17,0
28 - Bruttoinvestitionen	904,6	525,1	102,7	276,7	-
29 + Abschreibungen	751,5	434,3	94,0	223,2	-
30 - Nettoz. an nichtprod. Verm.gütern	2,1	2,6	-1,2	0,7	-2,1
31 = Finanzierungssaldo	119,1	-24,6	-53,4	197,1	-119,1
Nachrichtlich:					
32 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	3 065,0	125,8	822,2	2 116,9	-129,7
29 + Soziale Sachleistungen	-	-	-538,8	538,8	-
34 = Verfüg. Eink. (Verbrauchskonzept)	3 065,0	125,8	283,5	2 655,7	-129,7

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Deutsche Konjunktur zur Jahresmitte 2022

Noch: Hauptaggregate der Sektoren

2023; in Mrd. €

Gegenstand der Nachweisung	Volks- wirt- schaft	Kapital- gesell- schaften	Staat	Private. Haus- halte	Übrige Welt
1 = Bruttowertschöpfung	3 525,1	2 343,8	399,6	781,8	-
2 - Abschreibungen	797,9	459,2	100,0	238,6	-
3 = Nettowertschöpfung	2 727,2	1 884,6	299,5	543,1	-58,0
4 - Gel. Arbeitnehmerentgelte	2 120,8	1 526,6	307,4	286,9	19,1
5 - Gel. s. Produktionsabgaben	38,7	28,1	0,4	10,1	-
6 + Empf. s. Subventionen	36,2	33,4	0,2	2,6	-
7 = Betriebsüberschuss u.Ä.	603,9	363,3	-8,1	248,7	-77,0
8 + Empf. Arbeitnehmerentgelte	2 124,0	-	-	2 124,0	15,9
9 - Gel. Subventionen	48,1	-	48,1	-	4,9
10 + Empf. Prod.- u. Imp.abgaben	453,4	-	453,4	-	8,0
11 - Gel. Vermögenseinkommen	721,7	683,5	21,1	17,1	222,8
12 + Empf. Vermögenseinkommen	849,7	495,7	16,4	337,5	94,8
13 = Primäreinkommen	3 261,1	175,5	392,5	2 693,1	-186,0
14 - Gel. Eink.- u. Verm.steuern	497,6	112,6	-	385,0	15,3
15 + Empf. Eink.- u. Verm.steuern	512,3	-	512,3	-	0,6
16 - Gel. Sozialbeiträge	836,5	-	-	836,5	4,9
17 + Empf. Sozialbeiträge	837,9	144,1	692,9	0,9	3,5
18 - Gel. mon. Sozialleistungen	719,0	77,6	640,5	0,9	0,6
19 + Empf. mon. Sozialleistungen	710,8	-	-	710,8	8,8
20 - Gel. s. lauf. Transfers	391,7	203,2	98,2	90,2	61,0
21 + Empf. s. lauf. Transfers	335,7	185,2	29,2	121,3	116,9
22 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	3 213,1	111,3	888,2	2 213,5	-138,0
23 - Konsumausgaben	2 919,5	-	870,0	2 049,5	-
24 + Zunahme betr. Vers.ansprüche	-	-72,0	-	72,0	-
25 = Sparen	293,5	39,3	18,2	236,0	-138,0
26 - Gel. Vermögenstransfers	111,1	25,2	69,0	16,9	8,6
27 + Empf. Vermögenstransfers	102,6	49,2	22,3	31,0	17,2
28 - Bruttoinvestitionen	953,5	558,1	108,9	286,5	-
29 + Abschreibungen	797,9	459,2	100,0	238,6	-
30 - Nettoz. an nichtprod. Verm.gütern	2,1	2,6	-1,2	0,7	-2,1
31 = Finanzierungssaldo	127,3	-38,0	-36,2	201,6	-127,3
Nachrichtlich:					
32 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	3 213,1	111,3	888,2	2 213,5	-138,0
29 + Soziale Sachleistungen	-	-	-556,1	556,1	-
34 = Verfüg. Eink. (Verbrauchskonzept)	3 213,1	111,3	332,1	2 769,6	-138,0

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

RWI Konjunkturbericht 73 (2)

Tabelle A4

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2022 bis 2023

	2020	2021	2022	2023	2022		2023	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

1. Entstehung des Inlandsprodukts

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Erwerbstätige	- 0,8	0,0	1,4	0,6	1,6	1,3	0,7	0,5
Arbeitsvolumen	- 4,9	1,7	1,3	2,0	2,7	- 0,1	2,6	1,4
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	- 4,2	1,7	- 0,2	1,3	1,1	- 1,4	1,8	0,9
Produktivität ¹	0,4	1,1	0,6	0,7	0,2	1,0	0,0	1,4
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	- 4,6	2,9	1,9	2,7	3,0	0,8	2,5	2,8

2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2 462,6	2 566,9	2 782,2	2 919,5	1 342,3	1 439,9	1 429,7	1 489,8
Private Haushalte ²	1 708,0	1 766,6	1 941,4	2 049,5	932,8	1 008,7	1 008,0	1 041,5
Staat	754,6	800,3	840,8	870,0	409,5	431,3	421,7	448,3
Anlageinvestitionen	735,9	781,5	856,2	917,9	407,1	449,1	441,2	476,7
Bauten	380,1	411,6	466,1	493,5	224,2	241,8	240,7	252,8
Ausrüstungen	216,9	228,4	243,8	269,3	113,7	130,1	127,0	142,3
Sonstige Anlageinvestitionen	138,9	141,5	146,4	155,1	69,2	77,3	73,5	81,6
Vorratsveränderung ³	- 23,7	29,9	48,3	35,6	29,4	18,9	4,7	30,8
Inländische Verwendung	3 174,8	3 378,3	3 686,8	3 873,0	1 778,8	1 908,0	1 875,7	1 997,3
Außenbeitrag	192,8	192,4	56,2	58,0	51,0	5,1	40,7	17,3
Nachtrtl: in Relation zum BIP in %	5,7	5,4	1,5	1,5	2,8	0,3	2,1	0,9
Exporte	1 462,1	1 690,6	1 918,8	2 071,7	929,4	989,4	1 028,8	1 042,9
Importe	1 269,3	1 498,2	1 862,7	2 013,7	878,3	984,3	988,1	1 025,6
Bruttoinlandsprodukt	3 367,6	3 570,6	3 743,0	3 931,0	1 829,8	1 913,1	1 916,4	2 014,6

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	- 1,8	4,2	8,4	4,9	10,3	6,7	6,5	3,5
Private Haushalte ²	- 5,3	3,4	9,9	5,6	12,5	7,6	8,1	3,3
Staat	7,0	6,1	5,1	3,5	5,7	4,4	3,0	3,9
Anlageinvestitionen	- 0,9	6,2	9,6	7,2	9,1	10,0	8,4	6,1
Bauten	4,4	8,3	13,2	5,9	14,2	12,3	7,3	4,5
Ausrüstungen	- 10,0	5,3	6,7	10,5	3,5	9,7	11,7	9,4
Sonstige Anlageinvestitionen	1,4	1,9	3,5	6,0	3,3	3,7	6,3	5,6
Inländische Verwendung	- 3,1	6,4	9,1	5,1	11,1	7,4	5,4	4,7
Exporte	- 9,7	15,6	13,5	8,0	14,4	12,7	10,7	5,4
Importe	- 10,8	18,0	24,3	8,1	25,7	23,1	12,5	4,2
Bruttoinlandsprodukt	- 3,0	6,0	4,8	5,0	6,7	3,1	4,7	5,3

3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2015)

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2 294,7	2 320,7	2 409,0	2 482,4	1 172,0	1 237,1	1 221,3	1 261,2
Private Haushalte ²	1 615,2	1 620,4	1 708,3	1 770,2	825,8	882,5	871,6	898,6
Staat	678,5	698,5	700,2	712,1	345,6	354,5	349,7	362,5
Anlageinvestitionen	664,4	671,9	684,6	713,4	328,6	356,0	344,2	369,1
Bauten	324,5	324,7	330,8	337,7	161,3	169,4	165,5	172,2
Ausrüstungen	207,9	214,8	219,7	237,4	103,1	116,6	112,2	125,2
Sonstige Anlageinvestitionen	130,3	131,2	132,9	138,9	63,1	69,8	66,1	72,7
Inländische Verwendung	2 941,5	3 008,3	3 124,1	3 214,5	1 529,5	1 594,5	1 573,3	1 641,2
Exporte	1 431,4	1 569,1	1 588,9	1 645,7	789,1	799,9	820,2	825,5
Importe	1 278,2	1 394,5	1 472,5	1 531,9	716,6	756,0	751,5	780,5
Bruttoinlandsprodukt	3 096,7	3 186,3	3 246,5	3 333,5	1 604,4	1 642,1	1 645,1	1 688,4

Deutsche Konjunktur zur Jahresmitte 2022

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland
Vorausschätzung für die Jahre 2022 bis 2023

	2020	2021	2022	2023	2022		2023	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Konsumausgaben	- 3,2	1,1	3,8	3,0	5,0	2,7	4,2	1,9
Private Haushalte ²	- 5,9	0,3	5,4	3,6	7,5	3,5	5,5	1,8
Staat	3,5	2,9	0,2	1,7	- 0,4	0,8	1,2	2,2
Anlageinvestitionen	- 2,2	1,1	1,9	4,2	0,1	3,5	4,8	3,7
Bauten	2,5	0,0	1,9	2,1	0,2	3,5	2,6	1,7
Ausrüstungen	- 11,2	3,3	2,3	8,0	- 0,8	5,2	8,8	7,3
Sonstige Anlageinvestitionen	1,0	0,7	1,3	4,5	1,1	1,4	4,9	4,1
Inländische Verwendung	- 4,0	2,3	3,8	2,9	4,9	2,8	2,9	2,9
Exporte	- 9,3	9,6	1,3	3,6	1,8	0,7	3,9	3,2
Importe	- 8,6	9,1	5,6	4,0	6,0	5,2	4,9	3,2
Bruttoinlandsprodukt	- 4,6	2,9	1,9	2,7	3,0	0,8	2,5	2,8

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2015=100)

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Private Konsumausgaben ²	0,6	3,1	4,2	1,9	4,6	4,0	2,4	1,4
Konsumausgaben des Staates	3,3	3,0	4,8	1,7	6,1	3,6	1,8	1,7
Anlageinvestitionen	1,4	5,0	7,5	2,9	8,9	6,2	3,5	2,4
Bauten	1,9	8,3	11,1	3,7	14,0	8,5	4,6	2,8
Ausrüstungen	1,3	1,9	4,3	2,3	4,3	4,4	2,7	1,9
Exporte	- 0,4	5,5	12,1	4,2	12,4	11,9	6,5	2,1
Importe	- 2,4	8,2	17,7	3,9	18,6	17,0	7,3	0,9
Bruttoinlandsprodukt	1,6	3,0	2,9	2,3	3,6	2,2	2,1	2,4

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd. EUR

Primäreinkommen der privaten HH ²	2 379,3	2 455,2	2 568,2	2 693,1	1 254,6	1 313,6	1 315,0	1 378,1
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	338,0	349,4	359,5	380,0	173,8	185,7	182,6	197,4
Bruttolöhne und -gehälter	1 514,1	1 572,0	1 657,0	1 744,0	787,1	869,9	825,2	918,8
Übrige Primäreinkommen ⁴	527,2	533,8	551,8	569,2	293,7	258,1	307,3	261,9
Primäreinkommen der übr. Sektoren	423,6	528,4	548,8	568,0	258,1	290,7	257,4	310,6
Nettonationaleink. (Primäreink.)	2 802,8	2 983,6	3 117,0	3 261,1	1 512,7	1 604,3	1 572,4	1 688,7
Abschreibungen	658,4	694,2	751,5	797,9	369,8	381,7	394,4	403,4
Bruttonationaleinkommen	3 461,3	3 677,8	3 868,5	4 059,0	1 882,5	1 986,0	1 966,8	2 092,2
nachrichtlich:								
Volkseinkommen	2 528,2	2 699,9	2 735,1	2 855,9	1 331,7	1 403,3	1 370,0	1 485,8
Arbeitnehmerentgelt	1 852,1	1 921,4	2 016,5	2 124,0	960,9	1 055,5	1 007,7	1 116,2
Unternehmens- und Verm.einkomm	676,1	778,5	718,6	731,9	370,8	347,8	362,3	369,6

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten HH ²	- 1,6	3,2	4,6	4,9	5,7	3,5	4,8	4,9
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	2,0	3,3	2,9	5,7	2,8	3,0	5,0	6,3
Bruttolöhne und -gehälter	- 0,7	3,8	5,4	5,3	6,5	4,5	4,8	5,6
Bruttolöhne und -gehäl. je Besch.	- 0,1	3,6	3,8	4,5	4,6	3,0	4,0	5,0
Übrige Primäreinkommen ⁴	- 6,5	1,3	3,4	3,2	5,6	1,0	4,6	1,5
Primäreinkommen der übr. Sektoren	- 19,8	24,7	3,9	3,5	12,1	- 2,5	- 0,3	6,8
Nettonationaleink. (Primäreink.)	- 4,9	6,4	4,5	4,6	6,8	2,4	3,9	5,3
Abschreibungen	3,0	5,4	8,2	6,2	8,8	7,7	6,7	5,7
Bruttonationaleinkommen	- 3,5	6,3	5,2	4,9	7,2	3,4	4,5	5,3
nachrichtlich:								
Volkseinkommen	- 3,1	6,8	1,3	4,4	3,7	- 0,8	2,9	5,9
Arbeitnehmerentgelt	- 0,2	3,7	4,9	5,3	5,8	4,2	4,9	5,8
Unternehmens- und Verm.einkomm.	- 10,2	15,1	- 7,7	1,8	- 1,4	- 13,5	- 2,3	6,3

RWI Konjunkturbericht 73 (2)

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2022 bis 2023

	2020	2021	2022	2023	2022		2023	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte ²

a) Mrd.EUR

Masseneinkommen	1 540,1	1 594,5	1 676,3	1 748,8	792,3	883,9	832,3	916,4
Nettolöhne und -gehälter	1 021,3	1 065,3	1 122,4	1 184,4	527,2	595,1	553,0	631,4
Monetäre Sozialleistungen	659,1	672,1	698,4	710,8	337,1	361,3	352,3	358,5
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	140,3	143,0	144,5	146,5	72,0	72,5	73,0	73,5
Übrige Primäreinkommen ⁴	527,2	533,8	551,8	569,2	293,7	258,1	307,3	261,9
Sonstige Transfers (Saldo) ⁵	- 92,1	- 110,6	- 111,1	- 104,4	- 52,6	- 58,5	- 44,6	- 59,8
Verfügbares Einkommen	1 975,2	2 017,7	2 116,9	2 213,5	1 033,5	1 083,5	1 095,0	1 118,5
Zunahme betriebl. Versorgungsanspr.	59,9	60,8	61,9	72,0	30,0	31,9	35,6	36,4
Konsumausgaben	1 708,0	1 766,6	1 941,4	2 049,5	932,8	1 008,7	1 008,0	1 041,5
Sparen	327,1	311,8	237,4	236,0	130,7	106,6	122,7	113,4
Sparquote (%) ⁶	16,1	15,0	10,9	10,3	12,3	9,6	10,9	9,8

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	2,9	3,5	5,1	4,3	3,4	6,8	5,0	3,7
Nettolöhne und -gehälter	- 0,1	4,3	5,4	5,5	6,2	4,6	4,9	6,1
Monetäre Sozialleistungen	8,1	2,0	3,9	1,8	- 1,3	9,3	4,5	- 0,8
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	3,8	1,9	1,0	1,4	0,7	1,4	1,4	1,4
Übrige Primäreinkommen ⁴	- 6,5	1,3	3,4	3,2	5,6	1,0	4,6	1,5
Verfügbares Einkommen	0,8	2,1	4,9	4,6	3,7	6,1	6,0	3,2
Konsumausgaben	- 5,3	3,4	9,9	5,6	12,5	7,6	8,1	3,3
Sparen	49,6	- 4,7	- 23,9	- 0,6	- 33,5	- 7,3	- 6,2	6,3

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁷

a) Mrd. EUR

Einnahmen								
Steuern	773,4	878,4	925,1	965,7	455,3	469,8	483,8	481,9
Nettosozialbeiträge	607,9	633,3	657,7	692,9	318,9	338,9	334,8	358,2
Vermögenseinkommen	19,8	15,4	15,8	16,4	8,3	7,4	8,7	7,7
Sonstige Transfers	24,2	30,0	22,4	29,2	15,6	6,8	19,2	10,0
Vermögenstransfers	15,5	20,3	33,5	22,3	9,0	24,5	9,3	13,0
Verkäufe	125,9	133,5	137,5	141,3	63,1	74,4	64,9	76,5
Sonstige Subventionen	0,1	0,1	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1 566,9	1 711,1	1 792,2	1 868,1	870,3	921,9	920,7	947,3
Ausgaben								
Vorleistungen ⁸	520,5	559,4	588,1	612,2	282,1	306,0	296,2	316,0
Arbeitnehmerentgelt	284,1	294,0	303,8	307,4	147,8	156,0	145,0	162,4
Vermögenseinkommen (Zinsen)	21,0	21,8	21,6	21,1	10,8	10,8	10,7	10,4
Subventionen	71,3	109,8	47,5	48,1	25,6	21,9	23,9	24,2
Monetäre Sozialleistungen	595,1	607,2	631,1	640,5	303,2	327,9	317,3	323,2
Sonstige laufende Transfers	82,5	90,2	91,3	98,2	43,5	47,7	46,5	51,8
Vermögenstransfers	48,0	68,6	60,9	69,0	23,4	37,5	27,3	41,8
Bruttoinvestitionen	90,9	92,1	102,7	108,9	44,1	58,6	47,5	61,4
Nettozugang an nichtprod. Vermö- gsgütern	- 1,2	- 1,2	- 1,2	- 1,2	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6
Insgesamt	1 712,1	1 841,9	1 845,7	1 904,3	880,0	965,7	913,7	990,6
Finanzierungssaldo	- 145,2	- 130,8	- 53,4	- 36,2	- 9,7	- 43,8	7,0	- 43,2

Deutsche Konjunktur zur Jahresmitte 2022

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Die Vorausschätzung für die Jahre 2022 bis 2023

	2020	2021	2022	2023	2022		2023	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Einnahmen								
Steuern	- 6,5	13,6	5,3	4,4	9,6	1,5	6,2	2,6
Nettosozialbeiträge	1,6	4,2	3,9	5,3	4,3	3,5	5,0	5,7
Vermögenseinkommen	- 8,9	- 22,0	2,3	4,2	0,8	4,1	4,4	4,1
Sonstige Transfers	- 6,5	23,8	- 25,4	30,4	4,9	- 55,0	23,3	46,8
Vermögenstransfers	13,5	30,9	64,7	- 33,3	6,1	106,4	4,0	- 46,9
Verkäufe	- 0,7	6,1	3,0	2,7	3,4	2,7	2,7	2,7
Sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	- 2,9	9,2	4,7	4,2	6,9	2,8	5,8	2,8
Ausgaben								
Vorleistungen ⁸	7,4	7,5	5,1	4,1	5,3	4,9	5,0	3,3
Arbeitnehmerentgelt	4,2	3,5	3,3	1,2	4,6	2,2	- 1,9	4,1
Vermögenseinkommen (Zinsen)	- 23,4	4,0	- 1,0	- 2,3	- 3,6	1,9	- 1,4	- 3,1
Subventionen	130,2	54,2	- 56,8	1,3	- 54,3	- 59,4	- 6,7	10,7
Monetäre Sozialleistungen	8,9	2,0	3,9	1,5	- 2,0	10,1	4,7	- 1,4
Sonstige laufende Transfers	10,5	9,3	1,1	7,7	1,0	1,3	6,7	8,5
Vermögenstransfers	10,2	43,1	- 11,2	13,4	12,9	- 21,7	16,5	11,4
Bruttoinvestitionen	8,7	1,3	11,5	6,1	11,7	11,3	7,7	4,9
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	9,6	7,6	0,2	3,2	- 1,0	1,3	3,8	2,6

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes - ¹Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. - ²Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. - ³Einschließlich Nettozugang an Wertsachen. - ⁴Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen. - ⁵Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers. - ⁶Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche). - ⁷Gebietskörperschaften und Sozialversicherung. - ⁸Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.

György Barabas, Florian Kirsch und Torsten Schmidt

Projektion der Wirtschaftsentwicklung bis 2026: Erhebliche Herausforderungen bei nachlassendem Potenzialwachstum¹

Kurzfassung: Die deutsche Volkswirtschaft steht in den kommenden Jahren vor erheblichen Herausforderungen. Während die Folgen der Corona-Pandemie auf die Wirtschaftsleistung noch nicht vollständig überwunden sind, verstärken die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine die bereits zuvor erhöhte Inflation, nicht zuletzt bei den Energiepreisen. Vor diesem Hintergrund dürfte das Wachstum bereits in der kurzen Frist verhaltener ausfallen als zunächst erwartet worden war. Mittelfristig dämpft dann voraussichtlich die demografische Entwicklung in Deutschland zunehmend das Potenzialwachstum, da die Alterung der Bevölkerung das Arbeitskräftepotenzial erheblich reduziert. Gleichzeitig verstärken die hohen Energiepreise und die Ziele zur Reduktion von Treibhausgasemissionen den Druck für Anpassungen der Produktion, während die Unsicherheit über die weitere Entwicklung und die Risiken hoch bleiben.

Summary: The German economy faces major challenges in the coming years. While the effects of the Covid-19 pandemic on economic output have not yet been overcome entirely, the consequences of the war in Ukraine intensify the inflationary pressure, in particular energy prices. Against this backdrop, already in the short term, growth rates will likely be lower than expected initially. In the medium term, the demographic development in Germany is likely to dampen potential growth, as the ageing of the population reduces the potential labour force. At the same time, high prices for energy and the targets for the reductions of greenhouse gas emissions strengthen the pressure to adapt production, while uncertainty about the further developments and risks remain high.

¹ Abgeschlossen am 11.7.2022. Wir danken Silvia Mühlbauer für die technische Unterstützung.

Mittelfristprojektion bis 2026

1. Potenzialwachstum schwächt sich im Projektionszeitraum ab

Die deutsche Volkswirtschaft steht derzeit vor erheblichen Herausforderungen. Neben den anhaltenden wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie gehören hierzu insbesondere die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine, nicht zuletzt die stark erhöhten Preise im Energiebereich. Gleichzeitig dürfte sich der demografische Wandel in den kommenden Jahren zunehmend in einem geringeren Potenzialwachstum niederschlagen.

Das Produktionspotenzial wird anhand eines Produktionsfunktionsansatzes hergeleitet.² Es lässt sich demnach mittels einer Cobb-Douglas-Produktionsfunktion aus den Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital bestimmen. Aus der Entwicklung des potenziellen Arbeitsvolumens sowie von gesamtwirtschaftlichem Kapitalstock und der trendmäßigen totalen Faktorproduktivität (TFP) ergibt sich das Potenzialwachstum. Eine geeignete Fortschreibung der einzelnen Komponenten bildet die Grundlage für die Projektion des Produktionspotenzials für die mittlere Frist. Das Arbeitsvolumen wird dabei weiter in einzelne Komponenten zerlegt.

Den Ausgangspunkt für die dieser Projektion zugrundeliegende Annahme zur Bevölkerungsentwicklung bildet die mittelfristige Bevölkerungsvorausberechnung bis zum Jahr 2035 des Statistischen Bundesamtes aus dem vergangenen Jahr (Statistisches Bundesamt, 2021). Basierend auf den beiden dort vorgestellten Szenarien, die sich durch die angenommene zukünftige Zuwanderung unterscheiden, wird dabei ein Szenario mit einer mittleren Entwicklung unterstellt.³ Demnach würde das Wachstum der Gesamtbevölkerung gegen Ende des Projektionszeitraum gegen null gehen, während die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 74 Jahre über den Projektionszeitraum hinweg bereits sinken würde.

Für die vorliegende Mittelfristprojektion wird diese Annahme an aktuelle Entwicklungen angepasst. So liegen inzwischen für das Jahr 2021 die Wanderungsdaten und die Bevölkerungsdaten basierend auf der Bevölkerungsfortschreibung vor (Statistisches Bundesamt, 2022a). Demnach fiel der Wanderungssaldo, und damit das Bevölkerungswachstum, noch etwas stärker aus als in der Vorausberechnung unterstellt. Nachdem im Jahr 2020, dem ersten Jahr der Pandemie, nur eine im Vergleich zu den

² Wie in den vorhergehenden Konjunkturberichten entspricht das Vorgehen weitgehend der auch von der Europäischen Kommission verwendeten Methode der Potenzialschätzung (Havik et al., 2014). Unterschiede ergeben sich etwa bei der Fortschreibung des Arbeitsvolumens.

³ Vgl. Kirsch et al. (2021). Dieses Vorgehen entspricht auch demjenigen der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose seit ihrem jüngsten Herbstgutachten (vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, 2021).

Vorjahren geringere Nettozuwanderung von 220 000 Personen verzeichnet worden war, stieg diese im Jahr 2021 wieder deutlich an und erreichte mit 329 000 Personen in etwa wieder das Niveau aus dem Jahr 2019 (Statistisches Bundesamt, 2022b). Annahmegemäß würde die Nettozuwanderung in den weiteren Jahren des Projektionszeitraum ebenfalls jeweils bei rund 300 000 Personen liegen.

Diese Zahl berücksichtigt allerdings noch nicht die Zuwanderung von Geflüchteten aus der Ukraine infolge des Krieges. Diese dürfte dazu führen, dass die Nettozuwanderung insbesondere im laufenden Jahr deutlich höher ausfällt als in der Vorausberechnung angenommen. Über das genaue Ausmaß besteht jedoch noch eine erhebliche Unsicherheit, nicht zuletzt, weil der weitere Verlauf des Krieges in der Ukraine die weitere Zuwanderung und die Möglichkeiten zur Rückkehr bestimmt. Für diese Potenzialschätzung werden hierzu die Annahmen der Gemeinschaftsdiagnose übernommen (Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, 2022). Demnach wird von einer zusätzlichen Nettozuwanderung von Geflüchteten aus der Ukraine nach Deutschland von 840 000 Personen bis zum Jahresende 2024 ausgegangen. Wobei für die Personen im erwerbsfähigen Alter mit 45% ein vergleichsweise geringer Anteil angenommen wird, da, auch wegen Ausreisebeschränkungen für Männer in diesem Alter, insbesondere viele Frauen mit Kindern und ältere Personen einreisen dürften.

Unter dieser Annahme trägt die Erwerbsbevölkerung insgesamt im Projektionszeitraum zunächst noch deutlich positiv zum potenziellen Arbeitsvolumen bei (Schaubild 1). Ohne die außergewöhnlich starke Zuwanderung dürfte der Wachstumsbeitrag gegen Ende des Projektionszeitraums dann allerdings negativ werden, da aufgrund der Alterung der Bevölkerung zunehmend Personen das erwerbsfähige Alter hinter sich lassen.

Auch bei der Partizipationsquote ergeben sich gegenläufige Effekte. Aufgrund der Alterung der Bevölkerung dürfte der Trend einer steigenden Arbeitsmarkteteiligung zu einem Ende kommen. Dies ergibt sich, weil, auch wenn die Partizipationsquoten in gegebenen Altersgruppen trendmäßig weiter zunehmen dürften, durch die Alterung ein größerer Teil der Bevölkerung Altersgruppen erreicht, die eine vergleichsweise geringe Erwerbsbeteiligung aufweisen. Dies wird bei der Projektion durch ein Kohortenmodell berücksichtigt (Barabas et al., 2017.). Demgegenüber steigt die Arbeitsmarkteteiligung der aus der Ukraine Geflüchteten annahmegemäß im Projektionszeitraum deutlich an, von 20% im Jahr 2022 auf 70% im Jahr 2026.⁴ Insgesamt gehen damit im Projektionszeitraum von der Partizipationsquote keine wesentlichen

⁴ Auch die Annahmen bezüglich der Integration in den Arbeitsmarkt folgen denjenigen der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2022).

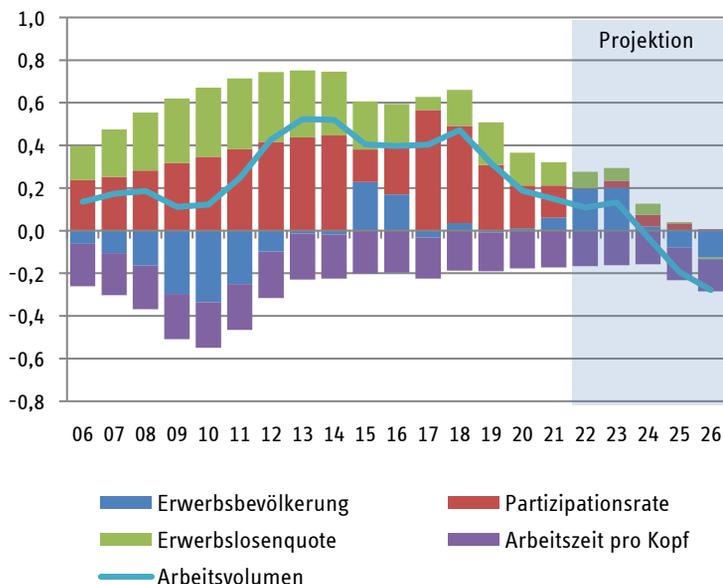
Mittelfristprojektion bis 2026

Impulse für das Potenzialwachstum aus. In den vergangenen Jahren waren ihre Wachstumsbeiträge dagegen noch merklich positiv.

Schaubild 1

Komponenten des Arbeitsvolumens

2006 bis 2026 Wachstumsbeiträge in %-Punkten



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Der trendmäßige Rückgang der Arbeitszeit pro Kopf dürfte sich im Projektionszeitraum, wenn auch verlangsamt, fortsetzen und weiterhin negativ zum Potenzialwachstum beitragen. Gleichzeitig dürfte im Verlauf des Projektionszeitraums der trendmäßige Rückgang der strukturellen Erwerbslosenquote zu einem Ende kommen. Insgesamt liefert das potenzielle Arbeitsvolumen damit ab dem Jahr 2024 zunehmend negative Wachstumsbeiträge zum Potenzialwachstum.

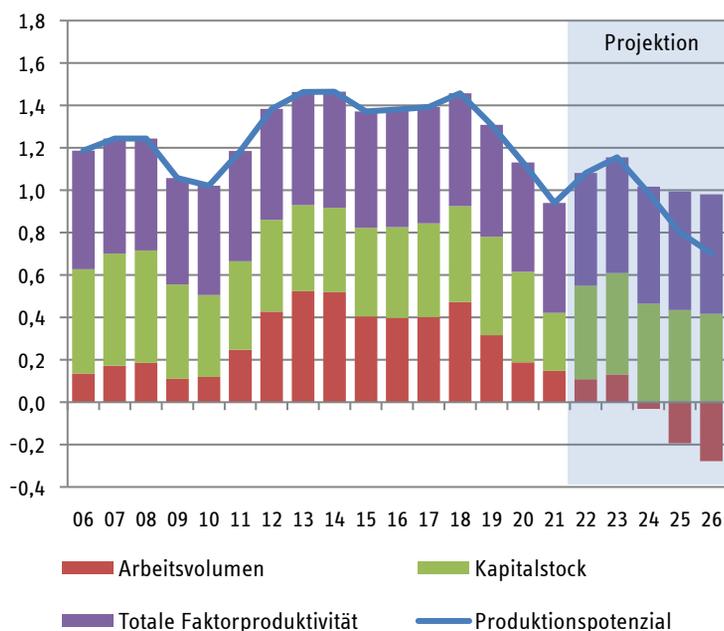
Dagegen liefert die Ausweitung des gesamtwirtschaftlichen Kapitalstocks über alle Jahre des Projektionszeitraums hinweg deutlich positive Beiträge zum Potenzialwachstum (Schaubild 2). Die Projektion berücksichtigt dabei die Prognose für die Bruttoanlageinvestitionen aus der Kurzfristprognose (Schmidt et al., 2022). Im Jahr 2021 fiel die Quote der Abgänge aus dem Kapitalstock, insbesondere bei den

(Tief-)Bauten, merklich höher aus als in den Vorjahren. Hieran dürften auch die Auswirkungen der Flutkatastrophe im Juli einen Anteil gehabt haben. Abweichend zum üblichen Vorgehen wird deshalb bei der Fortschreibung der Abgänge nicht auf die jüngste Quote, sondern auf die niedrigere Quote der Vorjahre zurückgegriffen.⁵ Unter dieser Annahme dürfte der Kapitalstock mit durchschnittlich 1,3% in den kommenden Jahren wieder etwas stärker wachsen als im vergangenen Jahr.

Schaubild 2

Komponenten der Veränderung des Produktionspotenzials

2006 bis 2026; Wachstumsbeiträge in %-Punkten



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Im Zuge der Umstellung der Produktion auf emissionsärmere Technologien besteht allerdings das Risiko, dass vermehrt Anlagevermögen obsolet werden könnte und aus dem Kapitalstock ausscheidet. Geht dies über den üblichen Umfang der Vorjahre hinaus und stehen dem nicht entsprechende zusätzliche Investitionen gegenüber,

⁵Bei der Potenzialschätzung der Bundesregierung (2022) für die Frühjahrsprojektion dieses Jahres wird ebenfalls für den Projektionszeitraum die Abgangsquote des Jahres 2020 anstatt derjenigen von 2021 ausgewiesen.

Mittelfristprojektion bis 2026

könnte der Anstieg des Kapitalstocks und damit das Potenzialwachstum merklich geringer ausfallen (Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, 2022).

Die größten Wachstumsbeiträge dürften auch im Projektionszeitraum von der Zunahme der trendmäßigen TFP ausgehen. Hier dürfte der durchschnittliche Anstieg mit rund 0,6% in etwa dem im Durchschnitt der Jahre 1996 bis 2021 verzeichneten Wert entsprechen (Tabelle 1).

Tabelle 1
Produktionspotenzial und seine Komponenten
1996 bis 2026^a; jahresdurchschnittliche Veränderung in %

	1996 – 2021	Wachs- tumsbei- träge ¹	2021 – 2026	Wachs- tumsbei- träge ¹
Produktionspotenzial	1,3		0,9	
Kapitalstock	1,5	0,5	1,3	0,4
Solow-Residuum	0,6	0,6	0,6	0,6
Arbeitsvolumen	0,3	0,2	-0,1	-0,1
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter	0,0	0,0	0,1	0,0
Partizipationsrate	0,5	0,3	0,0	0,0
Änderung der Erwerbslosenquote ²		0,1		0,0
Durchschnittliche Arbeitszeit	-0,4	-0,3	-0,2	-0,2
Nachrichtlich:				
Arbeitsproduktivität	1,0		1,0	

Eigene Berechnungen und Projektionen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – ¹In %-Punkten. – ²Ein Rückgang der Erwerbslosenquote führt zu einem Anstieg des Arbeitsvolumens. – ^aDifferenzen in den aggregierten Werten durch Rundung.

Insgesamt dürfte sich das Potenzialwachstum im Projektionszeitraum jedoch aufgrund der Entwicklung des potenziellen Arbeitsvolumens spürbar abschwächen. Der vorliegenden Schätzung nach dürfte es sich am Ende des Projektionszeitraum im Jahr 2026 mit dann 0,7% gegenüber dem Durchschnitt der 2010er Jahre nahezu halbiert haben.

2. Gebremstes Wachstum der Weltwirtschaft

Die Folgen von Krieg und Pandemie dämpfen den konjunkturellen Ausblick für die Weltwirtschaft merklich. Während die Probleme in den globalen Lieferketten anhalten, belasten die starken Anstiege der Preise, besonders für Energie, Unternehmen und Verbraucher deutlich. Gleichzeitig führt die hohe Inflation dazu, dass viele Zentralbanken ihre Leitzinsen spürbar anheben. Vor diesem Hintergrund dürfte nur ein verhaltenes Expansionstempo der Weltwirtschaft zu erwarten sein. Auch wenn nach den Lockerungen der pandemiebedingten Einschränkungen insbesondere in einigen Dienstleistungsbereichen noch Potenzial für eine wirtschaftliche Erholung bestehen dürfte.

Die Projektion für die mittlere Frist basiert auf der Kurzfristprognose (Schmidt et al., 2022), die von der Annahme ausgeht, dass es durch geeignete Maßnahmen und die verbreiteten Impfungen trotz möglicher Anstiege der Infektionszahlen im Herbst nicht zu erneuten umfassenden Einschränkungen der Wirtschaftsaktivität kommt. Ebenso wird davon ausgegangen, dass sich die Probleme in den Lieferketten allmählich lösen. Eine erneute Verschärfung der Pandemielage, etwa aufgrund einer neuen Variante des Virus, stellt somit ein erhebliches Abwärtsrisiko für die konjunkturelle Entwicklung dar. Auch eine weitere Eskalation des Konflikts um die Ukraine dürfte mit negativen Auswirkungen für die Weltwirtschaft verbunden sein.

Vor diesem Hintergrund geht diese Projektion der mittelfristigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland von den folgenden Rahmenbedingungen aus:

- i** Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar beträgt ab dem zweiten Quartal 2022 1,06 \$/€; aus dieser Perspektive bleibt die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft somit im gesamten Projektionszeitraum weiterhin hoch.
- i** Der Ölpreis der Sorte Brent wird im Projektionszeitraum ausgehend von knapp 113 \$ je Fass im zweiten Quartal 2022 allmählich wieder zurückgehen und Ende 2023 bei rund 95 \$ liegen.
- i** Der Welthandel mit Waren (CPB) dürfte in den Jahren 2022 und 2023 um 3,3% bzw. 2,9% ansteigen; von 2024 bis 2026 dürfte er mit knapp 3% je Jahr mit einem ähnlichen Tempo weiter expandieren.

3. Restriktivere Finanzpolitik und geldpolitische Straffung

Die Finanzpolitik in Deutschland dürfte gemäß der Kurzfristprognose (Schmidt et al., 2022) im laufenden Jahr restriktiv wirken und das staatliche Finanzierungsdefizit gegenüber dem Vorjahr spürbar zurückgehen. Die staatlichen Einnahmen steigen

Mittelfristprojektion bis 2026

trotz der Entlastungsmaßnahmen voraussichtlich deutlich stärker als die Ausgaben, bei denen ein starker Rückgang der Subventionen aufgrund des Endes der Hilfsprogramme im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie den Anstieg dämpft. Im Jahr 2023 dürfte das Finanzierungsdefizit zwar weiter zurückgehen. Gemessen an der konjunkturellen Lage fällt dieser Rückgang jedoch so gering aus, dass der strukturelle Primärsaldo sinkt und die Finanzpolitik gemäß der Saldenmethode als expansiv anzusehen ist. Für den weiteren Projektionszeitraum wird eine neutrale Ausrichtung der Finanzpolitik angenommen.

Der starke Anstieg der Inflationsraten hat den Druck auf die Europäische Zentralbank (EZB) deutlich erhöht, geldpolitisch zu reagieren. Nach dem beschlossenen Ende der Nettozukäufe im Rahmen der Programme zum Ankauf von Vermögenswerten ist zu erwarten, dass sie in der zweiten Jahreshälfte 2022 damit beginnt, die Leitzinsen in mehreren Schritten anzuheben. Die US-amerikanische Notenbank und andere Zentralbanken haben ihre Leitzinsen bereits angehoben und weitere Zinsschritte dürften folgen. Während nicht zuletzt Basiseffekte dafürsprechen, dass die Inflationsraten im weiteren Verlauf wieder spürbar zurückgehen, dürften sie noch weiter erhöht bleiben. In Reaktion darauf dürfte die Geldpolitik absehbar zunächst weniger expansiv ausgerichtet sein als bislang.

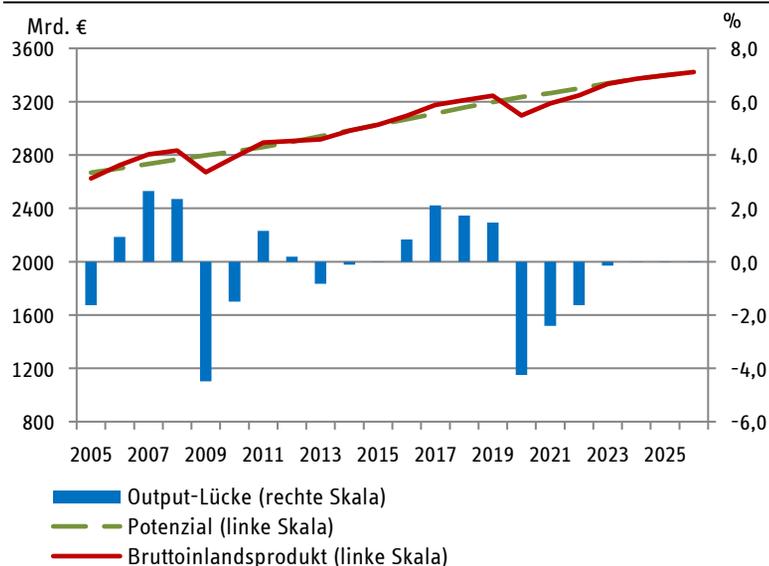
4. Projektion bis 2026: Wirtschaftswandel dämpft Wachstum

Die wirtschaftliche Aktivität in Deutschland wird in der kurzen Frist von mehreren Faktoren belastet. Dabei sind derzeit am stärksten die Folgen des Krieges in der Ukraine zu spüren, insbesondere die Folgen der kräftig gestiegenen Preise für Energie und die Unsicherheit darüber, ob es zu einem Lieferstopp für russisches Gas kommt. Darüber hinaus belasten weiterhin die Lieferengpässe bei Rohstoffen und Vorprodukten die Erholung des Produzierenden Gewerbes. Bereits im kommenden Jahr dürften diese Belastungen schwächer werden. So zeichnet sich etwa eine allmähliche Verringerung der Lieferprobleme ab. Durch die schrittweise Substitution von russischem Gas durch andere Energieträger dürfte die Unsicherheit über die Energieversorgung sinken. Die Preise für Gas dürften zwar weiterhin hoch bleiben, aber im kommenden Jahr nicht weiter steigen, so dass auch der inflationäre Druck allmählich nachlässt. Aus diesen Gründen dürfte sich die Produktionslücke bereits im Jahr 2023 deutlich, auf -0,1% des Produktionspotenzials verringern (Schaubild 3).

In den darauffolgenden Jahren dürfte das Expansionstempo der deutschen Wirtschaft deutlich niedriger ausfallen. So werden die unterstellten Zinsanhebungen durch die EZB allmählich auch die Realzinsen in Deutschland steigen lassen und die gesamtwirtschaftliche Nachfrage dämpfen. Gleichzeitig ist zu erwarten, dass sich auch die Produktionsbedingungen der Unternehmen in den kommenden Jahren

schwierig bleiben. Dazu dürfte beitragen, dass die Kostenbelastung der Unternehmen durch die dauerhaft gestiegenen Energiepreise hoch bleibt und durch die Reduzierung der CO₂-Emissionen in den kommenden Jahren sogar noch weiter zunimmt. Darüber hinaus dürfte der demografische Wandel den bereits jetzt sichtbar werdenden Mangel an Arbeitskräften noch weiter verschärfen. All dies wird auch dazu führen, dass die Preise in den kommenden Jahren stärker steigen als das in den vergangenen Jahren zu beobachten war.

Schaubild 3
Bruttoinlandsprodukt, Produktionspotenzial und Produktionslücke
 2005 bis 2026



Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, eigene Berechnungen; Zeitraum 2021-2026: eigene Prognose, Produktionslücke: Differenz zwischen realem BIP und Produktionspotenzial in % des Potenzials.

In diesem Umfeld entsteht für die Unternehmen ein Anpassungsdruck, der zu einem Wandel der Wirtschaftsstruktur führen dürfte. Dies dürfte auch zu einer stärkeren Ausweitung der privaten Investitionen führen. Die Transformation der Wirtschaft zu einer Reduzierung der CO₂-Emissionen dürfte ebenfalls zu einem Anstieg der öffentlichen Investitionen führen (Tabelle 2). Zudem ist mit einem Anstieg der Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten in diesem Bereich zu rechnen. Allerdings dürften insbesondere die privaten Investitionen einen an sich noch intakten Teil des Kapitalstocks

Mittelfristprojektion bis 2026

ersetzen, um wettbewerbsfähig zu bleiben und die Ziele der Klimapolitik zu erfüllen. Dem entsprechend dürften diese Investitionen kaum zu größeren Produktionskapazitäten führen, so dass keine Impulse für eine Ausweitung der Produktion entstehen.

Tabelle 2

Mittelfristige Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

2016 bis 2026

	Absolut			Jahresdurchschnittliche Veränderung in % ¹	
	2016	2021	2026	2016 bis 2021	2021 bis 2026
Entstehungskomponenten des BIP					
Erwerbstätige (Inland), in Mill.	43,7	44,9	45,6	0,6	1/4
Arbeitnehmer (Inland), in Mill.	39,3	41,0	41,7	0,8	1/4
Arbeitszeit je Erwerbstätigen, in h	1396	1347	1358	-0,7	1/4
Arbeitsvolumen, in Mill. h	60933	60490	61970	-0,1	1/2
Arbeitsproduktivität					
BIP je Erwerbstätigen, 2015=100	104,5	104,6	110,6	0,0	1
BIP je Erwerbstätigenstunde, 2015=100	106,8	110,8	116,1	0,7	1
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt, verkettete Volumina, in Mrd. €	3093,7	3186,3	3422,4	0,6	1 1/2
Deflator des BIP, 2015=100	101,3	112,1	124,9	2,0	2 1/4
Verwendung des BIP in jeweiligen Preisen, in Mrd. €					
Bruttoinlandsprodukt	3134,7	3570,6	4272,9	2,6	3 3/4
Private Konsumausgaben	1653,7	1766,6	2213,9	1,3	4 1/2
Konsumausgaben des Staates	623,9	800,3	936,3	5,1	3 1/4
Bruttoanlageinvestitionen	636,3	781,5	1012,3	4,2	5 1/4
Vorratsinvestitionen	-10,4	29,9	39,6	-	-
Außenbeitrag	231,2	192,4	70,8	-	-
Nachr.: Außenbeitrag in% des BIP	7,4	5,4	1,7	-	-

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – ¹ Im Projektionszeitraum auf 0,25%-Punkte gerundet.

Die Entwicklung der Exporte dürfte in der mittleren Frist davon begünstigt werden, dass auch in vielen anderen Ländern Anstrengungen erhöht werden, um den CO₂-Ausstoß zu vermindern. Dazu müssen unter anderem die Produktionskapazitäten erneuert werden, was den deutschen Exporten zugutekommen könnte. Die rechtzeitige Bereitstellung von gefragten Technologien stellt dabei allerdings eine wesentliche Herausforderung für wichtige Exportbranchen, wie etwa die Automobilindustrie, dar.

Die Erneuerung des Kapitalstocks dürfte dabei zu Lasten des privaten Konsums gehen, der sich in der mittleren Frist eher schwach entwickeln dürfte. Dazu dürfte auch der Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials beitragen.

Literatur

Barabas, G., R. Döhrn, H. Gebhardt, T. Schmidt und K. Weyerstraß (2017), Projektion der Wirtschaftsentwicklung bis 2021: Anhaltende Überauslastung der Kapazitäten in Deutschland, RWI Konjunkturberichte 68 (2): 17-34.

Bundesregierung (2022), Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten - Datengrundlagen und Ergebnisse der Schätzungen der Bundesregierung, Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, Berlin.

Havik, K., K. Mc Morrow, F. Orlandi, C. Planas, R. Raciborski, W. Röger, A. Rossi, A. Thum-Thysen und V. Vandermeulen (2014), The Production Function Methodology for Calculating Potential Growth Rates & Output Gaps. European Economy, Economic Papers 535, Europäische Kommission, Brüssel.

Kirsch, F., G. Barabas, R. Jessen, und T. Schmidt (2021): Projektion der Wirtschaftsentwicklung bis 2026: Mittelfristig nur verhaltene Ausweitung der Wirtschaftsleistung, RWI Konjunkturberichte 72 (4): 39-50.

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2021), Krise wird allmählich überwunden – Handeln an geringerem Wachstum ausrichten, Herbst 2021, Halle.

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2022), Von der Pandemie zur Energiekrise – Wirtschaft und Politik im Dauerstress, Frühjahr 2022, Kiel.

Schmidt, T, G. Barabas, N. Benner, B. Blagov, M. Dirks, F. Kirsch, N. Isaak, R. Jessen, P. Schacht und K. Weyerstraß (2022), Erneute Belastungen verzögern nochmals die wirtschaftliche Erholung in Deutschland. RWI Konjunkturberichte 73 (2): 5-32.

Statistisches Bundesamt (2021), Ausblick auf die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland und den Bundesländern nach dem Corona-Jahr 2020 – Erste mittelfristige Bevölkerungsvorausberechnung 2021 bis 2035, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2022a), Bevölkerung Deutschlands im Jahr 2021 leicht gewachsen, Pressemitteilung Nr. 251 vom 20. Juni 2022. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/06/PD22_251_12411.html abgerufen am 06.07.2022.

Mittelfristprojektion bis 2026

Statistisches Bundesamt (2022b), Migration 2021: 329 000 Personen mehr zu- als abgewandert, Pressemitteilung Nr. 268 vom 28. Juni 2022. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/06/PD22_268_12411.html abgerufen am 06.07.2022.